



AKADEMIE-REPORT

AKADEMIE FÜR POLITISCHE BILDUNG TUTZING



Schwerpunktthema: Politische Bildung

ab Seite 3

Pandemie

Corona dringt tief in alle Bereiche ein. Wir beleuchten Auswirkungen auf den freiheitlichen Verfassungsstaat, die Wirtschaft und das politische System.

Seite 13

Journalismus

Die Recherchen über die Ibiza-Affäre und die Frage nach einem hochwertigen journalistischen Instagram-Auftritt beschäftigten zwei Online-Programme.

ab Seite 14

Im Post-Zeitalter?

Sind postdemokratisch, postfaktisch, postmodern oder postnational nur Modeworte oder Anzeichen grundlegender Wandlungsprozesse?

Seite 17

Blick über den See

Inhalt

SCHWERPUNKT: POLITISCHE BILDUNG

- 3** Denkanstöße aus der Werkstatt Demokratie
- 6** Wie viel Hitze muss politische Bildung vertragen können?
- 9** Leidenschaftliche Debatten über die Gesellschaft von morgen
- 11** Perspektiven auf das Gemeinwohl

CORONA

- 13** Erste Lehren aus der Pandemie

JOURNALISMUS

- 14** Instagram für Journalisten
- 15** Die Recherchen rund um die Ibiza-Affäre

DEMOKRATIE

- 17** Im Post-Zeitalter

EUROPA

- 20** Die Praxis der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

AKADEMIE INTERN

- 13** Impressum
- 16** Abschied nach zwei Jahren
- 21** Politischer Bildner mit Verstand, Herzblut und Humor
- 22** Namen – Nachrichten
- 23** Ansprechpartner und Nothelfer für alle
- 24** Trauer um Hermann Kumpfmüller
- 24** Prägende Figur der bayerischen Gewerkschaften
- 25** „Der wichtigste Produktionsfaktor ist die Bildung“
- 26** Neuerscheinungen
- 28** Jahresbibliografien 2020
- 32** Namen – Nachrichten



Differenzierung und (soziale) Unterschiede kennzeichnen westliche Gesellschaften. Aber nicht sie sind es, die ihre Spaltung begünstigen. Es verhält sich anders herum: Je stärker sich eine Gesellschaft immer wieder in die gleichen Teile trennt, desto eher bilden sich unversöhnliche Lager heraus. Wenn sich an Identitäten und Interessenlagen von Menschen immer dieselben politi-

schen Gegensätze anschließen, sich also politische Orientierungen und Vorlieben mit dem sozialen Status, dem Grad der formalen Bildung oder dem Wohnort verknüpfen, dann tritt eine Form der „Versäulung“ ein. Das begünstigt die politische Polarisierung, in der sich gegensätzliche Lager in der Radikalität ihrer politischen Positionen wechselseitig „aufschaukeln“.

Dieser Prozess wird durch die Funktionsweise der digitalen Plattformen und der „sozialen Medien“ vorangetrieben: Die einen wettern gegen ein angebliches Meinungsmonopol der „Mainstream“-Medien, zündeln durch die sinnfreie und geschichtsvergessene Gleichsetzung der Pandemiebekämpfung mit der totalitären NS-Herrschaft am demokratischen Grundkonsens und hetzen unbedarfte Gemüter gegen die Institutionen der rechtsstaatlichen Demokratie auf. Und die anderen schwingen in Reaktion auch auf weniger extreme Fehlgriffe am liebsten die „Nazi-raus“-Keule“. Je rassistischer und illiberaler die einen, desto mehr konzentrieren sich die anderen darauf, unpopuläre Widerreden abzuqualifizieren und auf Berücksichtigung auch der kleinsten gesellschaftlichen Minderheit zu pochen. Dieses sich belauernde (Kommunikations-)Verhalten birgt die Gefahr, sich selbst und die eigene Position von der Radikalität des politischen Gegenübers abhängig zu machen. Klüger wäre es, die eigene politische Überzeugung beizubehalten und sich nicht in die Eskalation hineintreiben zu lassen.

Was zeichnete eigentlich die Phasen aus, in denen wir uns keine Sorgen über eine mögliche Spaltung der Gesellschaft machen mussten? Nicht zuletzt dieses: Verfahrensregeln wurden nicht bis zur Grenze ausgereizt, begründete Gegenargumente wurden gehört und in den Medien debattiert, politische Attacken fielen weniger hart aus als sie unter juristischen Gesichtspunkten hätten sein dürfen, und die betroffenen Gruppen beharrten nicht nur auf ihre eigenen Rechte. Abwägende und auf Aufklärung beruhende Zurückhaltung deeskaliert und kann gesellschaftlichen Radikalisierungsprozessen entgegenwirken. Eine Aufgabe, die uns das Akademiegesetz bereits im Jahr 1957 gestellt und mit auf den Weg gegeben hat.

Mit herzlichen Grüßen
Ihre

Prof. Dr. Ursula Münch
Direktorin der Akademie für Politische Bildung

Denkanstöße aus der Werkstatt Demokratie

Themenauswahl und die Inhalte der Diskussionen lagen in den Händen der Teilnehmerinnen und Teilnehmern der digitalen Werkstatt Demokratie*. Prominente Politiker reagierten auf Ideen, Vorschläge und Utopien.

IN VIELFACHER HINSICHT war diese Werkstatt Demokratie Experiment und Premiere: Unsere Akademie war zum ersten Mal Partner bei diesem Diskursprojekt. Die Veranstaltung musste wegen der Corona-Beschränkungen in digitaler Form stattfinden. Und zum ersten Mal bei diesem Format reagierten Politiker und Politikerinnen unterschiedlicher politischer Ebenen auf die Fragen und Ideen aus den fünf Workshops.

Leserbeteiligung

Leserinnen und Leser der Süddeutschen Zeitung hatten im Oktober die Wahl zwischen drei Themenvorschlägen. Mit großem Abstand gewann das Thema „Schutz und Freiheit – was bedeutet gutes Regieren im 21. Jahrhundert?“ Daraufhin hatten sich fast 200 Interessenten für eine Teilnahme an der Tagung beworben. Nach verschiedenen Kriterien wie Alter und Geschlecht, Beruf und Region wurde ein vielfältiger Mix von 40 Personen ausgewählt. Teilnehmer aus Frankreich und Österreich gaben der Tagung eine internationale Komponente.

„Mitmachen beim Bessermachen“ – so umriss Peter Lindner, Politikredakteur der Süddeutschen Zeitung und Mitglied des Organisationsteams, das Ziel und Konzept des zweitägigen Workshops. Sehr schnell kristallisierten sich bei den Gesprächen in den virtuellen Arbeitsgruppen die Schwerpunkte heraus, bei denen es offenkundig Diskussionsbedarf gibt: mehr Bürger-, insbesondere Jugendbeteiligung an politischen Prozessen, die transparentere Gestaltung der Kommunikation zwischen Politikern und Bürgerschaft, der Wunsch nach mehr direkter Demokratie, die Kontrolle des Lobbyismus und die gerechtere Repräsentanz von Interessen.

Mehr oder weniger Staat?

Zwei Vorträge gaben weitere Impulse für die Debatten in den Gruppen: Akademiedirektorin Ursula Münch plädierte dafür, die durch die Corona-Krise ge-



© SZ

stiegene Staatsquote (vorher 45 Prozent, derzeit bis zu 55 Prozent) nach dem Ende der Pandemie wieder auf das alte Maß zurückzuführen („Halte ich für angemessen“). Der Staat sei kein guter Unternehmer und es bestehe „die Gefahr, dass da was aus dem Ruder läuft“. Man gewöhne sich an die Überschuldung nach dem Motto „Jetzt geht alles“. Bereits jetzt gingen 60 Prozent der Staatsausgaben in den Sozialbereich. Man dürfe den „fürsorglichen Staat“ auch nicht übertreiben. Zwar sei vieles an bürokratischen Regulierungen sinnvoll, aber „manches droht überzuborden“. Und große Konzerne würden trotzdem immer noch juristische Schlupflöcher finden, die dem Normalbürger nicht offen stünden. Ursula Münch sprach sich für „mehr Innovationskraft statt mehr Staat“ aus. Herausforderungen gebe es dafür wahrlich genug.

Doppeltes Spiel

Der Münchner Soziologe Stephan Lessenich hält den vermeintlichen „Rückzug des Staates“ in den letzten Jahren für einen „Mythos“. Der freie Markt sei eine



Ursula Münch: „Wir dürfen uns nicht an die aktuelle hohe Staatsquote gewöhnen.“

© Winterer (APB)

* In Zusammenarbeit mit der Süddeutschen Zeitung und der Nemetschek-Stiftung

„Utopie. Es braucht den Staat, um die Märkte in Gang zu halten“. Er plädiert für einen „anderen Staat mit einer höheren Staatsquote. Die aktuelle Krise als Dauerzustand braucht mehr Staat.“ Wir hätten es aktuell mit „sozial-heterogenen Bedarfs- und Interessenlagen zu tun.“ „Die gegenwärtige Gesellschaft hat eine große



Stephan Lessenich: „Die gegenwärtige Gesellschaft hat eine große Staatsbedürftigkeit.“

Staatsbedürftigkeit.“ Denn: „Weniger Staat muss man sich leisten können“, sagte Lessenich. Der deutsche Sozialstaat sei doch sehr „Mittelschicht-zentriert“. Die Superreichen würden „parasitär leben und die Wirtschaftsinteressen treiben ein doppeltes Spiel mit dem Staat.“ Lessenich nannte als Beispiel die Lufthansa: „In der Krise rufen sie nach dem Staat, wenn es gut geht, soll sich der Staat raushalten.“ Schulen, Verkehr und Gesundheit seien Beispiele, dass „wir mehr Staat für eine bessere öffentliche Infrastruktur brauchen.“ Er forderte eine „Demokratisierung der Demokratie“ im Sinn der Anerkennung des gleichen Rechts für alle an der kollektiven Gestaltung der Lebensverhältnisse.

Zuwenig Bürgernähe

Der Fraktionsvorsitzende der Europäischen Volkspartei (EVP) im Europäischen Parlament, Manfred Weber (CSU), sieht durchaus Probleme bei der „Übersetzung europäischer Politik“. „Wir führen oft abstrakte Diskussionen, die mit ihren technisch-theoretischen Inhalten weit weg sind vom Bürger. Das Problem sind nicht die Inhalte selbst, sondern die Kommunikation, der Transmissionsriemen zum Wähler.“ Die Herabsetzung des Wahlalters auf 16 sieht er skeptisch: „Wir müssen solche Rechte auch zusammen sehen mit entsprechenden Pflichten.“

Weber blickt seit der letzten Europawahl vor 18 Monaten optimistischer auf die europäische Demokratie, vor allem wegen der verhältnismäßig hohen Wahlbeteiligung. Er betont, die Demokratie auf EU-Ebene sei „sehr, sehr lebendig und funktionsfähig.“ Bezüglich der Besetzung des EU-Kommissionspräsidenten gesteht er ein, dass man „als Wähler verdammt noch mal vor der Wahl wissen“ wolle, wer das Amt an-

schließend übernehme. Er setzt sich für 2024 dafür ein, dass der Kommissionspräsident zukünftig vom Parlament gewählt wird. Auch eine Direktwahl sei denkbar: „Wir brauchen eine größere Identifikation des Volks mit dem Amt.“

Regulierung der Internetkonzerne

Manfred Weber, der auch stellvertretender CSU-Vorsitzender ist, treibt die Herausforderung um, den demokratischen Diskurs in den sozialen Netzwerken zu führen: „Wir müssen als Gesetzgeber handeln“, sagt er. Man müsse die Macht der Algorithmen regulieren: „Es kann nicht sein, dass die Algorithmen dazu führen, dass wir uns alle nur noch in unserer Blase bewegen.“ 2016 habe der „Twitter-Populismus“ dazu geführt, dass Donald Trump und Boris Johnson an die Macht gekommen seien.



Manfred Weber sieht Probleme bei der „Übersetzung europäischer Politik“.

Weber gesteht, dass man in Europa einen „langen Atem“ brauche, gerade durch den Druck von Nationalisten, die zurückwollten „zum Nationalstaat und zum Egoismus“, sagte der CSU-Politiker. Er appellierte an die Bürgerinnen und Bürger „nicht an Europa zu verzweifeln“ und weiter mitzuarbeiten und sich für Europa zu engagieren.

Grenzen der Beteiligung

Gutes Regieren, das heißt für die SPD-Vorsitzende Saskia Esken, dass die Kommunikation mit den Bürgern über die sozialen Netzwerke an Bedeutung gewinnen wird: „Es darf nicht sein, dass dort Rechte und Extremisten dominieren. Wir müssen da mehr rein.“ Das gelte auch für die regelmäßige Kommunikation mit den Parteifunktionären aller Ebenen: „Früher haben wir uns einmal im Jahr in Berlin getroffen – jetzt einmal im Monat im Netz.“ Die Interna der Meinungs- und Willensbildung müssten mehr an die Öffentlichkeit, sagte die SPD-Vorsitzende im virtuellen Dialog mit den rund 50 Teilnehmern der Werkstatt Demokratie am zweiten Tag.

Auf die Etablierung von Bürgerräten angesprochen, zeigte sie sich zurückhaltend: Es gebe zwar gute Beispiele und Erfahrungen mit solchen Beiräten. Allerdings müssten diese in einer beratenden Funktion sein



Saskia Esken: „Die Interna der Meinungs- und Willensbildung müssen mehr an die Öffentlichkeit.“

aber: „Wir brauchen nach wie vor Orte der direkten Begegnung.“ Es könnten auch hybride Formen – also eine Mischung aus analog und digital – sein. Wichtig sei, dass die Angebote niedrigschwellig seien. Die



Katrin Habenschaden setzt sich für niedrigschwellige Angebote der Bürgerbeteiligung ein.

und gewählte Parlamente und Regierungen ergänzen, statt sie zu ersetzen. „Wir dürfen dadurch nicht die Rechte der frei gewählten und nur ihrem Gewissen verantwortlichen Abgeordneten beschränken.“

Lobbyismus transparenter machen

In der SPD soll es künftig ein Gremium aus 20 zufällig ausgesuchten Parteimitgliedern geben. Dieser Mitgliederbeirat habe nicht die Aufgabe, „den Parteivorstand auszuhebeln“, sondern solle eine andere Perspektive auf die Themen ermöglichen.

Beim Lobbyismus sprach Esken sich für mehr Transparenz aus: „Das einzig Gute, was uns der Fall Philipp Amthor gebracht hat, sind die begonnenen Verhandlungen über ein Lobbyregister. Auch Ministerien und Behörden sollen ihre Kontakte zu Lobbyisten offenlegen.“ Sie möchte, dass ein Informationsfreiheitsgesetz, wie es Hamburg hat, auch auf Bundesebene eingeführt wird. Das Zusammenspiel von Parlament, Ministerien und Kabinett müsse besser funktionieren – und vor allem müsse man es den Bürgerinnen und Bürgern besser erklären.

Niedrigschwellige Angebote

Mit Bürgerbeteiligung kennt sich Katrin Habenschaden gut aus. Die 2. Bürgermeisterin der Landeshauptstadt München sagt: „Ich brauche für meine Politik die Rückkopplung, um ein Meinungs- und Stimmungsbild zu bekommen – zum Beispiel bei der umstrittenen Verkehrspolitik.“ Es dürfe aber keine Pseudo-Beteiligung sein, sondern echte Mitbestimmung. Digitale Formate seien dafür eine große Chance,

grüne Kommunalpolitikerin wünscht sich, dass man auch nach der Corona-Pandemie Bürgerversammlungen digital abhält. Denn so, meinte Habenschaden, hätten auch etwa alleinerziehende Elternteile die Chance zur Teilnahme.

Sie nennt Vertrauen, Transparenz und Verbindlichkeit als wesentliche Merkmale für gutes Regieren. Dazu gehöre auch, dass man sich als Kommunalpolitikerin morgens in der U-Bahn die Sorgen und Nöte seiner Mitfahrer anhöre.



Michael Schröder

Linktipp

<https://www.sueddeutsche.de/politik/werkstatt-demokratie-regierung-1.5126063>



Silke Zimmermann (Nemetschek-Stiftung), Ursula Münch (Akademiedirektorin) und Peter Lindner (Süddeutsche Zeitung) (von links) im analogen „Basislager“ der digitalen Werkstatt Demokratie in Tutzing

Wie viel Hitze muss politische Bildung vertragen können?

Politische Bildung steht vor drängen- den konzeptionellen, inhaltlichen und methodischen Herausforderungen. Wie ist es um ihre Leistungsfähigkeit in Zeiten der großen Transformationen (Digitalisierung, Globalisierung, Migration und Klimawandel) bestellt?

Antwortversuche bot unsere Online-Expertentagung über „Politische Bildung in Zeiten des Umbruchs“.

SPÄTESTENS seit Beginn des neuen Jahrtausends haben sich Bezüge und Rahmenbedingungen politischer Bildung grundlegend gewandelt: Das Modell der repräsentativen Demokratie ist in die Defensive geraten. Lange favorisierte liberale Gesellschafts- und Politikentwürfe scheinen heute mehr zu verunsichern, als dass sie Orientierung böten. Demografischer Wandel und Digitalisierung bringen zusätzliche Ungewissheiten mit sich. Gleichzeitig verfangen Populismus und Nationalismus, aber auch Verschwörungsmythen in immer größeren Teilen unserer Gesellschaft. Die Corona-Krise verdeutlicht und beschleunigt diese Entwicklungen.

Die Demokratie steht derzeit in vielen Staaten unter Druck – auch in Deutschland. Aber ist politische Bildung den aktuellen Herausforderungen gewachsen und welchen Beitrag kann sie leisten, um Verschwörungsmythen sowie politischen und religiösen Extremismus nicht nur von den Klassenzimmern fernzuhalten, sondern auch möglichst vielen Familien zu ersparen?

Die „Erwartungssicherheit gegenüber dem Nichterwartbaren“ ermutigt zum Experimentieren und fördert damit Lernprozesse, so Karl-Rudolf Korte (Direktor der NRW School of Governance / Universität Duisburg-Essen). Gleichzeitig beobachten wir aber auch, dass viele Menschen durch die Konfrontation mit der Zufälligkeit von Ereignissen (Korte



Karl-Rudolf Korte sieht politische Bildung als „Übersetzungslotsen und Komplexitätsmanager“.

© Raimond Spekking/CC BY-SA 4.0 (Wikimedia Commons)



Politische Bildung muss auf die Herausforderungen durch die digitalen Ausspielkanäle reagieren.

© Pohlmann (APB)

spricht von „Kontingenzerfahrung in Serie“) tief verunsichert werden. Die einen verfallen in Staatsfrömmigkeit, andere verlieren sich in den „deregulierten Wahrheitsmärkten“, misstrauen den angeblichen „Mainstream-Medien“ und sind stolz auf ihren Zugang zur „Gegen-Wahrheit“.

Entschlossene Geschlossenheit

Krisenzeiten, so Claus Oberhauser von der Pädagogischen Hochschule Tirol, sind verschwörungstheoretische Zeiten: Diese Mythen zeigen die Probleme einer Gesellschaft in einer zugespitzten Art und Weise. Auch wenn offen ist, ob ihre Verbreitung notwendigerweise auch die Billigung des entsprechenden „Narrativs“ bedeutet: Wenn jeder und jede Dritte (!) konspirativem Denken anhängt, schlägt sich das auch im Schulalltag nieder. Etwa im Versuch selbsternannter „Querdenker“, Lehrkräfte und Schulleitungen beim „Widerstand“ u. a. gegen die Maskenpflicht massiv mit pseudojuristischen Begründungen unter Druck zu setzen. Vom naheliegenden und richtigen Argument, das Tragen einer Mund-Nasen-Bedeckung stelle nachweisbar wirksame „erlebbare Solidarität“ (Karl-Rudolf Korte) dar, die dem Einzelnen weniger abfordere als z. B. klimapolitisch richtiges Verhalten, lassen sich diese Agitatoren nur selten einhegen. Nützlicher dürfte die Rückendeckung der Schulleitung sowie des Schulträgers sein (und damit entschlossene Geschlossenheit) sowie der Blick in die geltende Infektionsschutzmaßnahmenverordnung, auf deren Einhaltung Lehrkräfte zu achten haben.

Digitale Netzwerke verstehen

Nicht nur unsere Demokratie, sondern auch die schulische und die außerschulische politische Bildung müssen darauf reagieren, dass sich populistisches oder gar extremistisches Denken durch die digitalen Ausspielkanäle – von denen YouTube, Facebook oder

Twitter nur die bekanntesten, bei weitem aber nicht die problematischsten sind – wesentlich schneller, einfacher und umfassender verbreiten lässt, als dies in früheren Zeiten analoger Medien der Fall war. Lehrkräfte sollten die digitalen Netzwerke nicht verteufeln, sondern sich als Multiplikatoren bemühen, das digitale Geschäftsmodell zu verstehen, das auf unser aller Aktivitäten im Internet beruht: Aufgebrachte Nutzer und Nutzerinnen konsumieren mehr Inhalte, sie „ liken“ und teilen diese. Das bringt „Traffic“ auf den Plattformen und damit Werbeeinnahmen. Diese psychologischen Mechanismen allein können schon perfide Wirkung zeigen.

IT gestaltet Bildungsprozesse

Aber es kommen technisch unterstützte Mechanismen hinzu: Nicht nur Facebook arbeitet mit einer Kombination aus intensiver Überwachung der Nutzergewohnheiten und dem gezielten Einsatz bestimmter Algorithmen (sog. Amplifikation), die die Verbreitung von Hassbotschaften und sogar Wahlmanipulation begünstigt. Digitale Technologien durchdringen unseren Alltag, werden aber zugleich zunehmend unsichtbar – ebenso wie ihre Entscheidungen. Mandy Schiefner-Rohrs von der TU Kaiserslautern unterstreicht daher, dass „IT-Akteure“ zwangsläufig auch Bildung(sprozesse) „gestalten“: in Form von technischen Angeboten, inhaltlicher Beeinflussung, aber auch Unterlassung. Alle US-amerikanischen Unternehmen speichern einen Teil der in Europa gesammelten Daten in den USA – mit weitreichenden Folgen für den Distanzunterricht in Zeiten der Pandemie. Gleichzeitig vermittelt die Omnipräsenz der digitalen Kommunikationsmittel den unzutreffenden Eindruck, die meisten Mitglieder der Gesellschaft würden erreicht. Faktisch lassen sich jedoch neue – nun eben digitale – Formen der Inklusion wie Exklusion feststellen.

Ungleich verteilte Chancen

Die Zugangsbarrieren sind dabei dieselben wie die längst bekannten im Analogen: soziale Herkunft, Anzahl der Bücher im Elternhaus und Schulart. Schiefner-Rohrs verwies auf Ergebnisse der International Civic and Citizenship Education Study 2016. Diese „Sortierung“ stellt zweifelsohne ein grundsätzliches Problem dar, das viele Bildungsanstrengungen betrifft. Sie birgt aber ein zusätzliches demokratietheoretisches Problem: Obwohl das sog. Repräsentationsdefizit nicht nur von den politischen Parteien, sondern auch von der politischen Bildung gelöst werden muss, sind auch die Chancen auf politische Bildung sehr ungleich verteilt, so Katrin Hahn-Laudenberg von der Bergischen Universität Wuppertal: Schulische politische Bildung scheint ein Privileg von Gymnasiastinnen und Gymnasiasten zu sein; an Mittel-, Real- und Berufsschulen spielt sie kaum eine

Rolle. Zudem wird sie in allen Schularten zu häufig von fachfremden Lehrkräften vermittelt; es fehlt oft an methodischer und inhaltlicher Sicherheit mit der Folge, dass „schwierige“ Themen lieber ausgespart als thematisiert werden. Diese Lücke setzt sich in der außerschulischen politischen Bildung fort und konfrontiert diese mit ihrer großen Schwachstelle: Ihre Konzepte setzen häufig genug Kompetenzen voraus, die sie erst entwickeln sollte („civic empowerment gap“). Nach der Schulzeit lässt sich diese Lücke nicht mehr schließen.



„Querdenker“-Demonstration gegen die Corona-Maßnahmen im November 2020 in Leipzig

© nichtohneuns-freiburg.de/CC BY-SA 4.0 (Wikimedia Commons)

Die zunehmende gesellschaftliche Heterogenität verändert nicht nur die Zusammensetzung der Schülerschaft, sondern konfrontiert die Lehrkräfte auch mit der Frage, ob das von ihnen verwendete Unterrichtsmaterial überhaupt noch „passt“. Menschen mit Behinderung oder mit Migrationshintergrund bemängeln eine „defizitorientierte“ Darstellung ihrer Lebenssituation (vgl. www.germandream.de) und verschiedene Politikdidaktiker fordern, Fragen der Zugehörigkeit und Identität als Teil politischer Bildungsprozesse zu thematisieren.

„Politisch korrekte“ Bildung?

Diese Zielsetzung führt mitten hinein in das verminte Gelände der sog. „politischen Korrektheit“. Der „Mainstream“ der Sozialwissenschaften scheint sich einig zu sein, dass Identität ebenso wie Geschlecht oder Nationalität „Konstrukte“ sind; diese Einschätzung bringt auch die politische Bildung unter Zugzwang und fordert sie jenseits der Debatte um „gendergerechte“ Sprache heraus. Die Migrationsforscherin Sandra Kostner (Pädagogische Hochschule Schwäbisch Gmünd) argumentiert, dass der Gesellschaft durch diese Diskurse ein „identitäres Weltbild“ aufgezwungen werde, in dem es keine Individuen, sondern nur noch Träger von Opfer- und Schuld-Identitäten gäbe. Identitätspolitik sei immer auf Spaltung angelegt.

Ob der politischen Bildung womöglich die zusätzliche Aufgabe zukommt, im Umgang mit Minderheiten bzw. mit „sensiblen Themen“ zu schulen, war zwischen den Teilnehmerinnen und Teilnehmern der Expertentagung umstritten. Beispiele aus dem Medien- und Verlagswesen, wo „Sensitivity Reader“ Publikationen auf mögliche „Mikroaggressionen und stereotype oder klischeehafte Darstellungen und Narrative“ durchsehen und Autoren beim Schreiben über Themen unterstützen, die außerhalb der eigenen Erfahrung oder Zugehörigkeit liegen, wären ggf. ein Vorbild. Und zwar eines, das von den einen als der richtige Schritt in eine möglichst diskriminierungsfreie Gesellschaft betrachtet wird und von den anderen als gefährliche Vorstufe zur Zensur.

Der französische Weg

Lehrkräfte, die nicht wissen, wie sie auf politischen oder religiösen Extremismus reagieren sollen, dürften derlei Debatten als Luxusprobleme ansehen. Andrea Szukala von der Westfälischen Wilhelms-Universität Münster bot einen aufschlussreichen Blick auf das französische Konzept der Bürgerkunde: Staatliche französische Schulen verbinden Französischsein mit den zentralen republikanischen Werten, insbesondere mit einem universalistischen Kultur- und Bildungsverständnis und dem säkularen Wert der Laizität, das heißt dem Ausschluss der Religion aus öffentlichen Sphären. Der deutsche Weg, qualitätsvollen Islamunterricht an den öffentlichen Schulen zu verankern, nimmt hingegen die Integration der muslimischen Schülerinnen und Schüler stärker in den Blick.

Bildungsziel digitale Souveränität

Auch methodisch muss sich schulische wie außerschulische politische Bildung auf das „Neuland“ Internet einstellen und gleichzeitig vom bisher dominierenden Bild der „wohlgeordneten Demokratie“ (so der Historiker Paul Nolte) Abstand nehmen. Zum Er-

reichen des neuen Bildungsziels einer digitalen Souveränität gehören nicht nur die Vermittlung politischen Wissens und Handlungskompetenzen, sondern auch Wertebildung und Grundrechtserziehung, ethische und interkulturelle Bildung sowie mediale Bildung einschließlich digitaler Literalität.

Es geht um die politische Urteilskraft auch der Bevölkerungsgruppen, die von Statusverlustängsten geplagt sind. Und die angesichts der vermeintlich gleichwertigen Informationsangebote in der digitalen Mediengesellschaft die Orientierung verlieren und durch gezielte Desinformation von „Querdenken“ in ihrem Misstrauen gegenüber staatlichen Institutionen bestärkt werden.

Neue Erfahrungsräume

Didaktische Werkzeuge wie Plan- und Rollenspiele oder Politiksimulationen sind längst etabliert. Ungewohnter sind noch story- und spielbasierte Lern- und Erfahrungsräume, z. B. in Form von Urban- oder Drama-Games, Educational Larps, Edu-Escape-Räumen und Alternate Reality Games, wie sie etwa von Waldritter e.V. entwickelt und angeboten werden. Eine Online-Plattform wie Twitch, auf der viele Menschen wenigen Menschen bei Onlinespielen zuschauen, lässt sich auch für die (non-formale) politische Bildung einsetzen. Nimmt man die Erfahrung Jugendlicher mit solchen Plattformen nämlich ernst, könnten sich womöglich neue „Räume der Auseinandersetzung“ öffnen.

Fazit

Wer Hitze nicht aushält, sollte die Küche meiden. Es gehört zum Wesen der politischen Bildung, auch dort präsent zu sein, wo es heiß ist. Nicht zuletzt müssen politische Bildner dabei unterstützt werden, mit der größer werdenden Hitze zurecht zu kommen. Ob sich die politische Bildung leisten kann, angesichts der großen Transformationen „nichts zu machen“ (Ina Bielenberg, Geschäftsführerin des Arbeitskreises deutscher Bildungsstätten) war in der Tagung eine rhetorische Frage. „Übersetzungslotsen“ und „Komplexitätsmanager“ (Karl-Rudolf Korte) zu sein – diese Aufgabenbeschreibung für politische Bildner stieß auf Zustimmung. Eine (kämpferische) Advokatenrolle sollte sich die politische Bildung dagegen schon mit Blick auf den „Beutelsbacher Konsens“ nicht zu eigen machen – weder sprachlich noch inhaltlich.

Ursula Münch
Andreas Kalina



© MESTER

Dieser Beitrag erscheint demnächst in leicht modifizierter Form in der Zeitschrift SchulVerwaltung Bayern 2021.

Leidenschaftliche Debatten über die Gesellschaft von morgen

Die Ideenwerkstatt „Zehn für Zukunft – Gesellschaftliche Veränderungen wahrnehmen und gestalten“ fand im Oktober 2020 zum dritten Mal in Tutzing statt. Aufgrund der Corona-Pandemie in deutlich verändertem Format – aber mit genau so viel Herzblut und Überzeugungskraft wie in den Jahren zuvor.

HOFFEN, BANGEN – und viele Telefonate zwischen der Akademie, der Dienststelle der Ministerialbeauftragten für die Gymnasien in Oberbayern-West und dem Gymnasium Tutzing als den drei Veranstaltern, die Mitte Oktober das möglich machten, woran viele schon nicht mehr geglaubt hatten. Doch als die Schülergruppen aus Olching, München-Moosach, Neuburg an der Donau und Tutzing in der Akademie eingetroffen waren, konnte man die Erleichterung und auch die Vorfriede auf die anstehenden Workshops kaum übersehen.

Lange Vorbereitung

Das lag nicht zuletzt an der langen Vorbereitungsphase von fast einem Jahr, in der die Schülerinnen und Schüler viel Zeit und Energie in dieses Projekt investiert hatten. Die Ideenwerkstatt richtet sich

an Jugendliche der 10. Jahrgangsstufe – daher der Name „Zehn für Zukunft“ – oberbayerischer Gymnasien und wird im Rahmen der Begabtenförderung durchgeführt. Ziel der Veranstaltung ist es, bei den Teilnehmerinnen und Teilnehmern ein Verständnis für zentrale gesellschaftliche Herausforderungen zu wecken und sie auch für die jeweiligen politischen Gestaltungsmöglichkeiten zu sensibilisieren. Wobei das Projekt vor allem Freiräume für die Jugendlichen schaffen will, damit diese mit Unterstützung der Veranstalter und weiterer Experten ihre eigenen inhaltlichen Schwerpunkte setzen können. Zur Vorbereitungsphase gehören daher mehrere Arbeitstreffen, in denen die Schülergruppen einerseits tiefer in ihr jeweiliges Thema eintauchen und andererseits auch erfahren, wie man eine Fragestellung für andere Jugendliche didaktisch und methodisch interessant aufbereiten kann.

Verkürzung wegen Corona

Denn zunächst war geplant, dass jede der vier Gruppen einen ganztägigen Workshop konzipiert und diesen dann bei der eigentlichen Ideenwerkstatt im Mai 2020 an der Akademie für und mit weiteren Teilnehmern der gleichen Altersstufe durchführt. Bis zu 70 Jugendliche sollten dafür nach Tutzing kommen. Nachdem die Corona-Pandemie diesen Plan vereitelt hatte, musste das Konzept verändert werden. Und so trafen sich die Gymnasiasten der vier Vorbereitungsteams Mitte Oktober, um sich ihre deutlich verkürzten Workshops gegenseitig vorzustellen und mit den jeweils drei anderen Gruppen umzusetzen.



Die Teilnehmerinnen und Teilnehmer der Ideenwerkstatt 2020 mit Corona-bedingtem Abstand
© Archiv (APB)

Herausforderungen durch Migration

Den Auftakt machte das Team aus Olching, das einen Workshop zum gesellschaftlichen Wandel durch Migration vorbereitet hatte. Dabei wurde ein weiterer Bogen geschlagen von den Erfahrungen mit Migration in der Geschichte bis hin zu den aktuellen Missständen der Flüchtlingspolitik der EU. Ein besonderes Augenmerk richteten die Schülerinnen und Schüler zudem auf die Integration von Zuwanderern

in unsere Gesellschaft und die Voraussetzungen, die von beiden Seiten dafür geschaffen werden müssen. Interessant war, dass bei den Chancen und Herausforderungen der Migration nicht nur die Perspektive der aufnehmenden Gesellschaft angesprochen wurde, sondern auch die Auswirkungen für die Herkunftsländer – Stichwort Brain drain und gesellschaftlicher Wandel.



Mit dem Abfragetool Kahoot konnten die Teilnehmer ihre Kenntnisse zu den Positionen der Parteien testen.

Hitzige Diskussionen

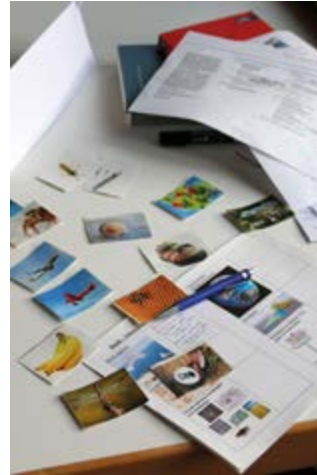
Im Mittelpunkt des zweiten Workshops, der von den Gymnasiasten aus München-Moosach vorbereitet worden war, stand das Bedingungslose Grundeinkommen (BGE). Überraschend war dabei schon, welche unterschiedlichen Konzepte unter diesem Begriff zusammengefasst werden und welche vielfältigen Motive dahinterstehen. Während das BGE häufig als sozialpolitisches Anliegen wahrgenommen wird, gibt es nämlich auch wirtschaftsliberale Anhänger, die hierin ein probates Mittel zur Absenkung der Löhne sehen, und rechtskonservative Kreise, die ein solches Grundeinkommen als Instrument zur Stärkung traditioneller Familienstrukturen mit dem Mann als alleinigem Ernährer und zahlreichen Kindern propagieren. Hitzige Diskussionen folgten zu der Frage, welche Auswirkungen ein BGE wohl auf den Arbeitsmarkt hätte. Wäre damit eine Stärkung von Arbeitnehmern im Niedriglohnsektor verbunden? Oder käme es mangels verfügbarer Arbeitskräfte zum Rückzug von Unternehmen aus bestimmten Wirtschaftsbereichen, bei denen dann der Staat als Leistungserbringer einspringen müsste? Im Ergebnis dieser kontrovers geführten Diskussionen hatte sich das Stimmungsbild der Teilnehmer zum Bedingungslosen Grundeinkommen am Ende des Workshops jedenfalls deutlich ausdifferenziert.

Vorbild Natur

Mit der Bionik hatte sich die Schülergruppe aus Neuburg an der Donau eines ebenfalls sehr anspruchsvollen Themas angenommen. Spielerisch und mit großem didaktischem Geschick machten sie die anderen Teilnehmer zunächst mit diesem interdisziplinären Forschungsfeld vertraut, dessen Name sich aus den Begriffen Biologie und Technik zusammensetzt. Bei der Bionik geht es um die Anwendung von Strukturen und Verfahren, die in der Natur vorkommen, zur Lösung

technischer Herausforderungen. Beispiele sind der Klettverschluss oder auch der Einsatz von Wabenplatten im Flugzeugbau, die den sehr stabilen Honigwaben der Bienen nachempfunden sind. Der Fokus des Workshops lag jedoch auf der Klimabionik und dem Beitrag, den diese zur Bekämpfung des Klimawandels

leisten kann. Dabei ging es vor allem um die Eindämmung des enormen Ressourcenverbrauchs und Möglichkeiten der Energiegewinnung, wozu die Klimabionik teils sehr originelle Beiträge leisten kann. Deutlich wurde aber auch, dass die Forschungen auf diesem Gebiet sehr kostenintensiv sind, so dass möglicherweise neue Schiefereien zwischen wohlhabenden Industrienationen und Schwellenländern entstehen.



Mit Hilfe eines Memory-Spiels ordneten die Teilnehmer technische Erfindungen den Vorlagen aus der Natur zu.

Vorfreude und Skepsis

Der vierte Workshop, der von der Tutzing Gruppe gestaltet wurde, befasste sich mit dem Wandel der Arbeitswelt durch die Digitalisierung. Ausgangspunkt der Überlegungen waren dabei die Erfahrungen aller Teilnehmerinnen und Teilnehmer mit dem digitalen Lernen während der pandemiebedingten Schulschließungen im Frühjahr. Daran anknüpfend wurden zahlreiche Veränderungen diskutiert, die sich aus der Digitalisierung der Arbeitswelt ergeben, wobei insbesondere die Industrie, Pflege und Medizin im Mittelpunkt standen. Dieser differenzierte Blick schlug sich dann auch in der abschließenden Bewertung durch die Jugendlichen nieder, die teils große Vorfreude auf die digitale Zukunft zeigten, teils aber auch ihre Skepsis und ethischen Befürchtungen nicht verbargen. Worin sich aber (fast) alle einig waren: Dass die Schulen die Arbeitnehmer von morgen nicht angemessen auf die Digitalisierung vorbereiten würden. Diesbezüglich müsse noch deutlich nachgebessert werden.

Gesprächsrunde mit Abgeordneten

Und damit war dann im Grunde auch die Brücke geschlagen zur abschließenden Diskussionsrunde mit drei Abgeordneten des Bayerischen Landtags. Benjamin Adjei (Grüne), Matthias Enghuber (CSU) und Diana Stachowitz (SPD) waren an die Akademie gekommen, um sich den Fragen und kritischen Anmerkungen der Jugendlichen zu stellen. Und strittige Themen gab es zuhauf. So wurde etwa die europäische Flüchtlingspo-



Die Abschlussdiskussion mit den Landtagsabgeordneten

litik wieder aufgegriffen, wobei sich die Debatte rasch zu einer europapolitischen Grundsatzdiskussion ausweitete. Auch Fragen zur Bionik mussten sich die Abgeordneten stellen, deren Nutzen erwartungsgemäß alle bejahten. Dissens gab es jedoch – auch dies wenig überraschend – zwischen dem CSU-Vertreter und den Oppositionsabgeordneten, ob die bayerische Politik die entsprechenden Forschungsvorhaben ausreichend fördere.

Authentisches Bild

So vermittelte die Diskussionsrunde insgesamt ein authentisches Bild politischer Debatten, die häufig entlang der Bruchlinie zwischen Regierung und Op-

position geführt werden. Nicht selten offenbaren solche Auseinandersetzungen aber auch große Einigkeit über alle Parteigrenzen hinweg. Hinsichtlich der Bionik beklagten die drei Abgeordneten zum Beispiel die mangelnde Bereitschaft vieler Menschen, technische Neuerungen oder Produktionsstätten in der eigenen Nachbarschaft zu akzeptieren. Und beim Thema Lebensmittelverschwendung stimmten die Parlamentarier darin überein, dass gerade auch die Verbraucher ihrer Verantwortung nachkommen müssten und nicht allein die Politik regulierend tätig werden könne.

Kontroverse Debatten

Streitfragen offen und sachlich auszutragen, ohne die Gemeinsamkeiten zu negieren – das sind Grundprinzipien unserer Demokratie. Davon hat auch diese Ideenwerkstatt mit ihren ebenso fundierten wie kontroversen Debatten in den Workshops und beim Abschlusspanel ein realistisches Bild gezeichnet. Und dass am Ende der Workshops mitunter kein Konsens stand, sondern ein breites Spektrum an gut begründeten Positionen, spricht für die Ernsthaftigkeit, mit der sich die Schülerinnen und Schüler der Themen angenommen haben. So haben sich das Hoffen und die vielen Telefonate im Vorfeld der Ideenwerkstatt doch gelohnt, und die Veranstalter blicken optimistisch auf die Neuauflage dieser Veranstaltung im laufenden Schuljahr.



Jörg Siegmund

Perspektiven auf das Gemeinwohl

Wer würde nicht behaupten, sich für das Gemeinwohl einzusetzen? Doch was ist Gemeinwohl überhaupt? Das diskutierten unsere Referenten mit Kommunalpolitikern und weiteren Ehrenamtlichen aus der Region.

GIBT ES darüber Konsens oder hat jeder seinen eigenen Gemeinwohlbegriff? Führt nicht gerade erst der Ausgleich von unterschiedlichen Interessen zu dem, was man als Gemeinwohl bezeichnet? In einer Abendveranstaltung stellten der Präsident der Hochschule für Philosophie Johannes Wallacher und der Staats- und Verwaltungsjurist Martin Burgi von der Universität München ihre Sicht auf das Thema vor.

„Das bonum commune war ein zentrales Thema der politischen Philosophie der Antike“, führte der Ethiker und Ökonom Johannes Wallacher aus. Das Gemeinwohl sei ein Gegenbegriff zu Einzel- und Gruppeninteressen und beziehe sich auf überindividuelle Kollektive wie zum Beispiel die Stadt oder die Region. Ein Begriffskonzept lautet: „Das Wohl aller und eines jeden.“

Gemeinwohl und zukünftige Generationen

Eine Konsequenz davon sei, dass man insbesondere diejenigen im Blick haben sollte, deren Wohlergehen am ehesten gefährdet ist. Das Gemeinwohl als Konzept sei aber als ein zentraler Maßstab auch auf das Verhalten gegenüber zukünftigen Generationen auszuweiten. Wallacher ging in diesem Zusammenhang auf die globa-

le Ebene und die Rolle von Gemeingütern im 21. Jahrhundert ein. Die „Tragik der Allmende“ zeige sich an einem Markt- und Staatsversagen mit dem Ergebnis der Ausbeutung und Unterversorgung von Gemeingütern wie zum Beispiel der Atmosphäre.

Wallacher wies daher auf andere Akteure hin, die „Advokaten des Gemeinwohls sein können oder müssen“: Dazu gehören die Zivilgesellschaft, Unternehmen, die Wissenschaft und – bei aller Ambivalenz – die Religionsgemeinschaften, so Wallacher.



Johannes Wallacher: „Die ‚Tragik der Allmende‘ zeigt sich an einem Markt- und Staatsversagen.“

Im Grundgesetz finde sich nichts zum Thema Gemeinwohl, sagte der Staatsrechtler Martin Burgi. „Das Grundgesetz weist dem Staat die Gemeinwohlverantwortung zu“. Es hoffe dabei, dass durch spezielle Verfahren und Demokratie das Gemeinwohl hervorgebracht werde. Die Verfassung stellt hier also lediglich einen Rahmen dar und übergibt das Gemeinwohl dem politischen Prozess. So legt das Grundgesetz zum Beispiel das Staatsziel Umweltschutz fest. Die Wahl der Instrumente, um dieses Ziel zu erreichen, liegt bei der Politik.

Partikularinteressen und Gemeinwohl

Die Verkettung von Partikularinteressen und Gemeinwohl sei schwer aufzulösen. Dies zeigte Burgi an einem Beispiel aus der Kommunalpolitik. Eine neue

Straße etwa könne die Partikularinteressen von Anwohnern, Geschäftseignern, Klimaschützern und Einwohnern, die eine Umleitung benutzen müssen, betreffen. Es ginge dabei aber nicht ausschließlich um viele Einzelinteressen, sondern auch um Gemeinwohlfragen. Bei den Geschäftseignern zum Beispiel spielen auch Arbeitsplätze und der Beitrag zu einer funktionierenden Wirtschaft eine Rolle.

Anstrengungen zur Gemeinwohlorientierung

Um die Gemeinwohlorientierung der Kommunalpolitik zu erhalten und auszubauen, ist es förderlich, wenn in der Gemeindepolitik viele Perspektiven sichtbar sind, sagte Burgi. Dabei ginge es auf der persönlichen Ebene nicht nur um Fragen von Alt und Jung, sondern um verschiedene Milieus. Politische Gruppierungen sollten nicht nur mit einem Thema aufwarten, sondern Lösungen für die gesamte Palette kommunalpolitischer Fragen entwickeln. Auf der kommunikativen Ebene könnte mehr Platz in Zeitungen für kommunalpolitische Themen eine Maßnahme im Interesse der Orientierung am Gemeinwohl sein.



Martin Burgi: „In der Kommunalpolitik sollten viele Perspektiven sichtbar sein.“

© Winterer (APB)

Gero Kellermann



© MESTER

Erste Lehren aus der Pandemie

Corona dringt tief in Staat und Gesellschaft ein. Eine Online-Tagung* beleuchtete Auswirkungen auf den freiheitlichen Verfassungsstaat, die Wirtschaft und das politische System.

„DAS GRUNDGESETZ beansprucht auch im Krisenfall ungeschmälert Geltungskraft“, sagte der Würzburger Staats- und Verfassungsrechtler Horst Dreier. Mit Blick auf die Praxis der Pandemiebekämpfung betonte er, dass es dabei nicht nur um die Einschränkung von Grundrechten geht, sondern auch die Verfassungsprinzipien Rechtsstaat, Föderalismus und Demokratie im Blickpunkt stehen.

So wurden die staatlichen Maßnahmen in der ersten Phase der Pandemiebekämpfung auf die behörd-


liche Befugnis durch die infektionsschutzrechtliche Generalklausel gestützt. Nach der „Wesentlichkeitslehre“ muss jedoch der Gesetzgeber die wesentlichen Entscheidungen selbst treffen, gerade dann, wenn Grundrechte berührt sind, so Dreier.

Staat mit starken Schultern

Der Würzburger Ökonom Peter Bofinger, früher Mitglied des Rats der fünf „Wirtschaftsweisen“, sah schon die Phase des ersten Corona-Lockdowns als schlimmste weltweite Krise der Nachkriegszeit an. Jetzt hob Bofinger jedoch hervor: „Wir haben einen Staat mit breiten Schultern.“ Er sieht einen Strukturwandel in verschiedenen Bereichen kommen, zum Beispiel durch den Rückgang von Reisen.

Der Politikwissenschaftler Michael Weigl von der Universität Passau sieht die Corona-Krise als „Brenn-
glas auf ‚unerledigte‘ Themen und Systemkonstellati-

onen“. Insgesamt erwiesen sich die Beharrungskräfte und Pfadabhängigkeiten des politischen Systems aber als ausgesprochen stark, so Weigl.

Auf Grundlage der Methode des „trial and error“ käme es zu immer elaborierteren Krisenroutinen. Es gäbe jedoch die Tendenz einer größeren Kluft zwischen der Politik und Teilen der Gesellschaft sowie einer Polarisierung innerhalb der Gesellschaft. 

Gero Kellermann



Wirtschaft im Lockdown: die Hohe Straße in Köln an einem Samstagnachmittag während der COVID-19-Pandemie

© Raimond Spekking/CC BY-SA 4.0

* In Zusammenarbeit mit der Akademie Frankenwarte Würzburg

Akademie-Report

Herausgeber: Akademie für Politische Bildung Buchensee 1 82327 Tutzing

Tel. 08158/256-0 Fax 08158/256-14 Internet: <https://www.apb-tutzing.de> E-Mail: a.kreitner@apb-tutzing.de

Redaktion: Prof. Dr. Ursula Münch (verantw.), Dr. Michael Schröder (Redaktion und Gestaltung), Antonia Kreitner (Redaktionsassistentin)

Layout-Konzept: Michael Berwanger Agentur Tausendblauwerk www.tausendblauwerk.de

Druck: Satz & Druck Molnar Blumenstraße 26 82407 Wielenbach

Der Akademie-Report wird kostenlos abgegeben.

Instagram für Journalisten

Die News-WG des Bayerischen Rundfunks hat vorgemacht, wie Nachrichtenjournalismus zwischen all dem Influencer-Marketing auf Instagram funktioniert. Wie ein hochwertiger journalistischer Instagram-Auftritt aussieht, haben Nachwuchsmedienmacher bei einem Workshop* gelernt.

INZWISCHEN nutzen alle großen Medienhäuser und viele Journalistinnen und Journalisten das Netzwerk Instagram für ihre Arbeit. „Wir Medienmacher sind hier nur zu Gast, Instagram hat die Plattform nicht für uns gemacht“, sagt Christina Metallinos, Redakteurin des Bayerischen Rundfunks. Wie sie sich die Funktionen des sozialen



Die Akademie für Politische Bildung ist ebenfalls auf Instagram. Auf dem Kanal apbtutzing gibt's Live-Berichte aus unseren Tagungen, Neuigkeiten aus dem Akademieleben und natürlich Bilder vom Starnberger See. Wer es noch nicht macht: Bitte folgen!

Netzwerks dennoch zunutze machen können, um ihre Geschichten zwischen Influencer-Stories zu präsentieren und wie aus Recherchen spannende und professionelle Geschichten entstehen, haben Nachwuchsjournalisten unter Anleitung von Medienprofis geübt.

Das Kanalkonzept entscheidet

Die erste Frage, die sich jeder stellen sollte, der auf Instagram mehr als nur die besten Freunde erreichen möchte: Folgt der eigene Kanal einem klaren Konzept oder zeigt er ein Sammelsurium an Inhalten? „Der Wiedererkennungswert ist wichtig“, betont Metallinos. Deshalb empfiehlt sie, viel Aufwand in die sogenannte Bio, also die Selbstbeschreibung

zu stecken. Der User muss erfahren, warum er dem Account folgen sollte. Was gibt es nur hier? „Bei einem monothematischen Account ist das einfacher“, gibt die Journalistin zu.

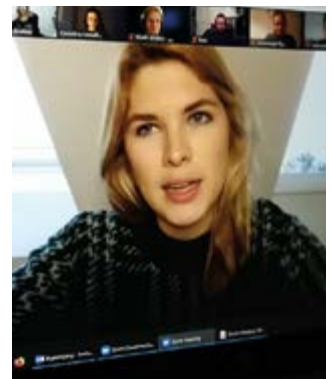
Wie häufig posten?

Die Workshop-Teilnehmerinnen und -Teilnehmer interessierte unter anderem, wie häufig sie posten müssen, um erfolgreich zu sein. Darauf gibt es keine eindeutige Antwort. Der Instagram-Algorithmus registriert, wer welche Storys bis zum Ende sieht. Wischen zu viele User vorher weiter, wird ihnen die nächste Story nicht mehr an vorderster Stelle angezeigt. Eine hochwertige Story pro Woche, die die Follower festhält, ist sinnvoller als täglich ein Schnellschuss, der verhallt. Dasselbe gilt für die Länge einer Story: „Sie trägt sich, solange sie sich trägt“, sagt Metallinos. Also lieber ein oder zwei Bilder weglassen statt das Publikum zu langweiligen. Grundsätzlich gilt: „Instagram belohnt viel Aufwand, bestraft aber auch wenig Aufwand.“

Noch wichtiger als die Posting-Häufigkeit und die Länge der Storys sind aber ordentliche Recherche und Ausgewogenheit. Christina Metallinos sagt: „Journalistische Grundprinzipien gelten auch auf Instagram.“

Praxis-Tipps aus der News-WG

Wie guter Instagram-Journalismus in der Praxis funktioniert, erzählte Helene Reiner, Host und Redakteurin der News-WG des Bayerischen Rundfunks. Der Kanal erklärt aus der Perspektive einer WG mehrmals wöchentlich Zusammenhänge für junge Menschen, die sich nicht mit Politik beschäftigen. Nach zwei Jahren und mehr als 100 Followern wissen Reiner und ihre Kolleginnen und Kollegen, was funktioniert: harte Themen in kleinen Häppchen („snackable“) und Interaktionselemente, also die Möglichkeit für die Follower, mitzudiskutieren und Fragen zu stellen. Standbilder und Text zwischen den Videos geben den Usern Zeit zum Durchatmen. 



Helene Reiner erläuterte, wie guter Instagram-Journalismus in der Praxis funktioniert.

© Winterer (APB)

Beate Winterer

* In Zusammenarbeit mit dem Verband bayerischer Jungjournalisten

Die Recherchen rund um die Ibiza-Affäre

Bei einem digitalen Webtalk erzählte Bastian Obermayer, Leiter des Investigativressorts der Süddeutschen Zeitung, von der Aufdeckung des Ibiza-Skandals, der im Mai 2019 zum Bruch der damaligen österreichischen Regierung unter Bundeskanzler Sebastian Kurz führte.

AUSLÖSER des Skandals war die Veröffentlichung eines Videos, in dem Heinz-Christian Strache, bis dahin Vizkanzler und Bundesparteiobmann der FPÖ, sowie Johann Gudenus, bis dahin Nationalratsabgeordneter und geschäftsführender FPÖ-Klubobmann, zu sehen sind. Die im Juli 2017, wenige Monate vor der Nationalratswahl, heimlich gedrehten Aufnahmen dokumentieren ein Treffen der zwei Politiker mit einer angeblichen Nichte eines russischen Oligarchen in einer Villa auf der spanischen Insel Ibiza. Dabei zeigten beide ihre Bereitschaft zur Korruption, Umgehung der Gesetze zur Parteienfinanzierung sowie zur verdeckten Übernahme der Kontrolle über parteiunabhängige Medien.

Geheimtreffen im Hotel

Viele Monate vor der Veröffentlichung erfährt Bastian Obermayer von einem Informanten, dass ein hochrangiger Politiker möglicherweise in einen Skandal verwickelt ist. Die Andeutungen machen ihn neugierig und er lässt sich auf das Angebot ein. Was ihn erwartet, weiß Obermayer vor dem Treffen mit den Hintermännern nicht. Den Namen der Stadt, in der das Treffen stattfinden soll, erfährt er erst am Vortag. Der Zeitpunkt wird um mehrere Stunden verschoben, der Ort öfter gewechselt. Dann endlich das Treffen in einem Hotel. Obermayer wird durchsucht, sein Handy wird ihm abgenommen. Er bekommt 15 Minuten eines – wie er es formuliert – „Best-of-Strache-Videos“ zu sehen. Wie viele Menschen er trifft und ob er sie vorher kannte, verrät Obermayer nicht – Informantenschutz. Als er schließlich Heinz-Christian Strache zwischen Zigaretten und



Heinz-Christian Strache hielt die Ibiza-Affäre für „eine bsoffene Gschicht“.

© Bwag/CC BY-SA 4.0

Wodka-Bull über illegale Parteispenden verhandeln hört, stellt sich ihm die Frage: „Werde ich selbst gefilmt?“

Zu diesem Zeitpunkt wäre es noch absolut denkbar, dass man ihm eine Fälschung andrehen möchte. Etwa um zu beweisen, dass die Süddeutsche Zeitung ihre journalistische Sorgfaltspflicht vernachlässigt, sobald ihr eine brisante Geschichte über rechte

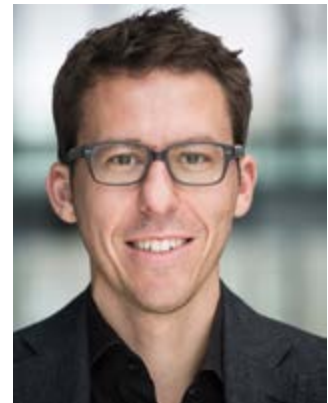
Politiker wie Strache angeboten wird. „Eine Aussage wie ‚Super, es ist gegen Strache, wir bezahlen und machen alles, was ihr wollt‘, wäre der Beweis, dass die SZ nicht ergebnisoffen, sondern tendenziös recherchiert.“ Deshalb erklärt Obermayer bei dem Treffen immer wieder, dass seine Zeitung weder für Informationen bezahlt noch Absprachen über den Zeitpunkt der Veröffentlichung trifft. Trotzdem scheinen seine Gesprächspartner nicht abgeneigt, ihm die Aufnahmen zur Verfügung zu stellen. Bei einem weiteren Treffen sieht er das gesamte Videomaterial und weiß jetzt: „Das wird eine große Geschichte – wenn sie stimmt.“ Dennoch dauert es noch ein Jahr bis Obermayer und sein Team die Aufnahmen tatsächlich erhalten.

Aufwändige Prüfungen

In der Zwischenzeit erfährt er, dass auch der Spiegel zum Strache-Video recherchiert. „Lassen die (die Hintermänner, Anm. d. Red.) uns jetzt gegeneinander laufen?“, fragt sich Obermayer und nimmt Kontakt auf mit Martin Knobbe, damals Reporter im Deutschland-Ressort des Spiegel in Berlin. Sie einigen sich – trotz der Konkurrenz. Schließlich erhalten beide Redaktionen mehrere Videos des Abends auf Ibiza, beispielsweise gefilmt aus einer Ladestation und vermutlich aus einem Lichtschalter. Ein Digitalforensiker prüft die Aufnahmen und kommt zum Ergebnis, dass sie mit einer Wahrscheinlichkeit von 99,9 Prozent echt sind. Auch an den Tonspuren lassen sich keine Manipulationen feststellen. Das Fraunhofer-Institut kontrolliert das Material erneut und kommt zum selben Ergebnis.

Österreichs Regierung am Ende

Jetzt weiht Obermayer einen österreichischen Kollegen ein. Er will sicher sein, dass die deutschen Journalisten nichts übersehen oder im Dialekt etwas falsch ver-



Bastian Obermayer leitet das Investigativressort der Süddeutschen Zeitung.

© privat



Bundeschancellor Sebastian Kurz was ousted after the collapse of his coalition by a vote of no confidence.

© Kremlin.ru/CC BY 4.0

stehen. „Es hat gut getan, einen Österreicher sagen zu hören: ‚Das ist wichtig. Eigentlich muss das sein Ende sein,‘“ erzählt Obermayer. Er wendet sich an die SZ-Juristen, um das Stück rechtlich abzusichern. Sie sehen den Fall wie er: Straches Angebot von Staatsaufträgen gegen illegale Parteispenden sei von so hohem öffentlichen Interesse, dass die Veröffentlichung von heimlich gefilmten Videos gerechtfertigt sei. Nachdem der Spiegel und die Süddeutsche Zeitung sich auf die wichtigsten Stellen in den Filmen geeinigt haben, stellen sie die Ausschnitte im Mai 2019 online. Strache – inzwischen Vizekanzler – tritt noch am selben Tag zurück und entschuldigt sich: Es sei „eine bsoffene Gschicht“ gewesen. Die Regierungskoalition zwischen ÖVP und FPÖ zerbricht. Bundeskanzler Kurz wird mit den Stimmen von SPÖ und FPÖ durch ein Misstrauensvotum gestürzt. Bundespräsident Van der Bellen ernannt eine Übergangsregierung aus Experten und es kommt zu Neuwahlen.

Andere Medien jagen danach die Hintermänner des Videos. Obermayer bedauert, dass die Recherchen vor allem in diese Richtung gehen und nur wenige Journalisten versuchen, illegale Parteispenden zu finden. Obermayer selbst gerät durch die Ibiza-Affäre in einen Shitstorm der rechten Szene, mit dem er nicht gerechnet hatte. Ihm und seinem Team wird gedroht und vorgeworfen, sie hätten die Aufnahmen manipuliert. Es folgen Anzeigen und Verfahren wegen Verletzung der Persönlichkeitsrechte von Strache und Gudenus sowie Klagen auf Unterlassung der Verbreitung der Aufnahmen. Die Verfahren wurden inzwischen eingestellt oder die SZ und Obermayer haben sie gewonnen. „Das ist eine gute Werbung für den freien Journalismus“, findet er.



Michael Schröder
Franziska Pohlmann



Michael Schröder during the web talk with Bastian Obermayer

© Pohlmann (APB)

AKADEMIE INTERN

Abschied nach zwei Jahren

ROBERTA ASTOLFI hat nach zwei Jahren auf eigenen Wunsch die Akademie zum Jahresende 2020 wieder verlassen. Sie hat in dieser Zeit als wissenschaftliche Assistentin das Themenfeld „Ethische und theoretische Grundlagen der Politik“ zuverlässig und umfassend bearbeitet. Mit ihren Themen und Schwerpunkten hat sie wichtige Akzente in unserem Programm gesetzt.

Wir bedauern ihre Entscheidung sehr und hätten sie gerne weiter als Mitarbeiterin im wissenschaftlichen Kollegium behalten. Wir bedanken uns bei ihr für die geleistete Arbeit und wünschen ihr für den weiteren beruflichen und privaten Lebensweg alles Gute.

Ihr Nachfolger für ethische und philosophische Fragen der Politik ist seit dem 1. Februar 2021 Simon Faets, den wir in der nächsten Ausgabe des Akademie-Reports vorstellen werden. Zuletzt war er Wis-



Roberta Astolfi has been working on the topics „Ethical and theoretical foundations of politics“ for two years.

© Archiv (APB)

enschaftlicher Mitarbeiter an der Hochschule für Philosophie München und promoviert derzeit über „Biopolitik und Recht“.



MS

Im Post-Zeitalter

Sind Postdemokratie, Postfaktizismus und Postwachstum nur Modeworte oder Anzeichen grundlegender Wandlungsprozesse?

DIE POST-CORONA-ZEIT ist die große Hoffnung in diesen herausfordernden Monaten. Der Begriff fügt sich in eine lange Reihe von Neologismen ein, die in Leitartikeln, politischen Debatten und wissenschaftlichen Analysen kursieren und zunehmend alle unsere Lebensbereiche prägen: Egal ob postdemokratisch, postfaktisch, postmodern, postnational, posthuman, postliberal, postindustriell, poststrukturalistisch, posthistorisch – die Vorsilbe „post“ ist allenthalben vernehmbar.

Auf den ersten Blick scheinen diese Begriffe ein „Nach“, einen Umbruch oder gar Verfallstendenzen zu verkünden, ohne zugleich festzuhalten, wie dieses „Nach“ beschaffen oder gestaltet sein soll. Sie muten teils als apokalyptische Zustandsbeschreibungen, teils als vage Zukunftshoffnungen an. Oft haften ihnen der Anschein einer gewissen Konzeptlosigkeit, wenn nicht gar Beliebigkeit, sucht man eine Wegbeschreibung in eine wünschbare Welt von morgen. Mithin drohen Post-Narrative, die gesellschaftliche Verunsicherung zu vergrößern, als dass sie Orientierung böten. Doch sind sie bloße Modewörter oder beschreiben sie auch grundlegende Wandlungsprozesse in Politik und Gesellschaft? Und: Verbirgt sich hinter der Begrifflichkeit zukunftsweisende Substanz?

Postdemokratie

Der Zwiespalt zwischen zutreffender Zeitanalyse und Alarmismus offenbart sich besonders an der von Colin Crouch öffentlichkeitswirksam aufgestellten Diagnose einer „Postdemokratie“, mit der er den Niedergang der freiheitlichen Demokratie verkündet: Demokratische Prinzipien würden nachlassen und Entscheidungen zunehmend entpolitisiert; stattdessen würden ökonomische, genauer: neoliberale Logiken in alle Bereiche des gesellschaftlichen Lebens vordringen. Konsequenz sei eine Scheindemokratie im Gewande einer vollwertigen Demokratie, welche sich bei genauerer Betrachtung als eine Expertokratie entpuppt, die letztlich soziale und ökonomische Ungleichheiten verschärft.

Plakativer Anstoß

Für Claudia Ritzi von der Universität Trier hat die „Postdemokratie“ den Verdienst, plakativ einige gravierende Schwachstellen moderner Demokratien



© TOMASCHOFF/TOONPOOL.COM

aufzuzeigen. Ihr Ertrag liege weniger im Konzeptionellen, als vielmehr darin, dass sie Anstoß zu öffentlichen Debatten gibt und Schwung für die Forschung bedeutet. Als alleinstehendes Konzept hingegen ist sie dünn und nicht präzise genug. Zudem bietet sie kaum Anknüpfungspunkte zu gegenwärtigen Herausforderungen wie Populismus und illiberalen Tendenzen. So fordert auch Ulrich von Alemann (Universität Düsseldorf), dass man sich „nicht zu sehr auf die Postdemokratie-Debatte fokussieren [darf], sonst fallen andere Probleme unter den Tisch“. Für ihn ist der Begriff „inhaltsleer und irrelevant“. Denn „noch nie lebten so viele Menschen in einer Demokratie, es gab keine bessere Vergangenheit.“ Deshalb vertraut von Alemann auch in das künftige Bestehen moderner Demokratien – im Bewusstsein all ihrer Herausforderungen, Defizite, Fehlentwicklungen und deren drängender Bewältigung. Postdemokratisch jedenfalls sei die heutige Herrschaft (noch) nicht.

Nachhaltige Nichtnachhaltigkeit

Gegenwartsdiagnosen, welche Post-Tendenzen zum Mittelpunkt haben, erschöpfen sich nicht im Wandel der demokratischen Herrschaft. So bringt Ingolfur Blühdorn (Wirtschaftsuniversität Wien) den Begriff des „Post-Ecologism“ in die Debatte ein. Wo früher die politische Ökologie (Ecologismus) infolge ihrer tendenziell radikalen Forderungen vor allem systemkritisch anmutete, ist seit der Bankenkrise die Agenda der Nachhaltigkeit durch die Re-Politisierung und Re-Mobilisierung des ökologischen Diskurses zum systemkompatiblen Faktor geworden. Der hierin zum Ausdruck kommende Post-Ecologismus zeichnet sich dadurch aus, dass alle relevanten Parteien ökologische Zielsetzungen in ihre Programmatik einfließen lassen. Dennoch findet die sozial-ökologische Transformation nicht statt: Die Handlungen und Bekenntnisse zur Ökologie seien minimal und eher symbolisch. Den Grund dafür sieht Blühdorn darin, dass „Vorstellung-

gen von Freiheit, Selbstbestimmung und einem guten Leben vorherrschend geworden sind, die nur so lange haltbar sind, wie eine sozial-ökologische Transformation verhindert wird.“ Für seine Gegenwartsanalyse bedeutet dies: „Die gesellschaftliche Mehrheit betrachtet ihren Lebensstil als unverhandelbar. Daher setzt sich die Ordnung der nachhaltigen Nichtnachhaltigkeit durch (Post-Sustainability).“

Postwachstum

Ähnlich ergeht es dem Transformationsnarrativ des Postwachstums, auch wenn mit diesem Begriff weniger eine Gegenwartsanalyse als vielmehr ein anzustrebender Zustand fokussiert wird. Stefanie Graefe (Universität Jena) definiert Postwachstum als „Unterbrechung des Teufelskreises von Zerstörung, Erschöpfung und Entfremdung infolge des vorherrschenden Wachstumsdogmas“. Es gehe darum, Wachstum als Angelpunkt unseres individuellen wie sozialen und ökonomischen Lebens abzulösen. Denn er sei sowohl Ausdruck der Selbstverwirklichung des Einzelnen („man wolle als Mensch in materieller wie immaterieller Hinsicht wachsen“) als auch das dominierende Kriterium der volkswirtschaftlichen Entwicklung („die allgegenwärtige Kenngröße des BIP“) und schließlich ist er Mythos und Kollektivsymbol unserer konsumorientierten Gesellschaften („für uns alle erscheint mehr besser als weniger“).

Postmaterialismus als reale Utopie

Bei allen aufkeimenden Sympathien für postmaterialistische Orientierungen und Werte scheinen allerdings unsere Gesellschaften den problematischen Zusammenhang von Wachstum einerseits und Ressourcenverbrauch und Zerstörung andererseits hinzunehmen, zumal jene vorherrschenden Denk- und Konsummuster der Mobilisierung von Postwachstums-Konzepten entgegenstehen. Dennoch, so Graefe, solle man an der Popularisierung der „Idee von weniger, die mehr verspricht“ festhalten. Soll das Narrativ nachhaltig verfangen, dürfe es nicht vorrangig als Ziel proklamieren, „das Schlimmste der Zukunft zu verhindern“ – sei es die Ressourcenzerstörung oder die Klimakatastrophe. Vielmehr müsse es im positiven Sinn Angebote zur Gestaltung einer besseren Zukunft zur Verfügung stellen.

Post-Phänomene

Postdemokratie, Postwachstum, Postmaterialismus Post-Ecologism... Ingolfur Blühdorn sieht die Konjunktur der „Post“-Begriffe als Ergebnis dialogistischer Prozesse, welche im Sinne von Such- bzw. Übergangsbegriffen den gesellschaftlichen, politischen und ökonomischen Wandel zu fassen versuchen. Mehr noch: Für Nina Tessa Zahner, Soziolo-

gieprofessorin an der Kunstakademie Düsseldorf, ist dieses Phänomen Ausdruck der Postmoderne schlechthin – wohlwissend um die erneute Vorsilbe „post“. Sie zeichne sich als Epoche dadurch aus, dass es keine höhergestellten Wahrheiten und Erzählungen mehr gibt. Vielmehr steht der Einzelne als Subjekt im Fokus und mit ihm auch multiple Bedeutungsinterpretationen der Wirklichkeit, die alle als legitim erachtet werden.



Nina Tessa Zahner: „Die Postmoderne ist die Absage an das Primat der Vernunft.“

Von der Postmoderne zum Postfaktizismus

Die Postmoderne dürfe insofern als Absage an das Primat der Vernunft verstanden werden, durch das sich die europäische Aufklärung ausgezeichnet hat. Umgekehrt stünden heute Wahrnehmung und Ästhetik im Vordergrund. Das Wissen der Experten wird von Laien hinterfragt und mit alternativen Fakten konfrontiert, denen das Publikum neue Legitimitäten zuspricht, so Zahner. Folglich hat die Postmoderne durchaus den Nährboden für die allzu gegenwärtige Erscheinung des Postfaktizismus bereitet, sei es, dass man an den abgewählten US-Präsidenten Trump denkt, an die Verschwörungsmythen um das Corona-Virus oder an die wachsende Anhängerzahl der QAnon-Sekte.

Widersprechende Wahrheitsansprüche

Dieses Phänomen wird dadurch begünstigt, dass heute zunehmend ununterscheidbar ist, was wahr und was nicht wahr ist. So macht Ortwin Renn, Direktor am Potsdamer Institut für Transformative Nachhaltigkeitsforschung (IASS), in den Öffentlichkeiten mehrere gleichzeitige, sich teils widersprechende „Wahrheitsansprüche“ aus: Die Grenze zwischen „wahr“ und „unwahr“ wird flüssiger. Was den Ausschlag gibt, sind „gefühlte Wahrheiten“. Als Auswahlkriterien zählen dabei weniger objektive Fakten oder die Expertise der Wissenschaft denn viel-



Ortwin Renn: „Den Ausschlag geben gefühlte Wahrheiten.“
© IASS/Lotte Ostermann

mehr Intuition und Wünschbarkeit – daher auch Postfaktizität bzw. zutreffender Kontrafaktizität. Dies hat viel mit der Komplexität der heutigen hochtechnologischen und vernetzten Welt zu tun: Kausalstrukturen sind kaum mehr ersichtlich. Stattdessen müssen wir immer mehr mit Wahrscheinlichkeiten leben, die schwer vermittelbar sind und so Unsicherheiten in der Bevölkerung hervorrufen. Hinzu kommt laut Renn eine allgegenwärtige Doppeldeutigkeit, da viele Aussagen unterschiedliche Interpretationen erlauben, ohne dass auf den ersten Blick eindeutig ist, welche zutreffender ist.

Wissenschaft ist kein Wahrheitsgeber

Konsequenz ist eine (latente) Delegitimation von Wissenschaft, die vonseiten der Öffentlichkeit als „deterministische Wahrheitsgeber“ missverstanden wird. Und da sie immer weniger in der Lage ist, klare, eindeutige Antworten und Interpretationen zu liefern als lediglich begründete Abwägungen, öffnet sich immer mehr ein Gelegenheitsfenster für Demagogen und Populisten, die alternative, scheinbar unverrückbare Wahrheiten verkünden. Will man der Postfaktizität entgegenwirken, bedarf es nach Ortwin Renn zum einen der Förderung der Rationalität und Urteilkraft jedes Einzelnen im Rahmen des Bildungssystems. Zum anderen kommt es mehr denn je auf eine ebenso reflektierte wie sensible Wissenschafts- und politische Kommunikation an. Es müsse nachvollziehbar vermittelt werden: Welches Wissen ist sicher? Was ist wie wahrscheinlich? Was ist möglich, aber nicht wahrscheinlich? Was ist absurd? Insgesamt geht es in den postmodernen Gesellschaften also um „Orientierung durch Differenzierung“.

Posthistoire:

Das endlose Ende der Geschichte



Achim Landwehr: „Ohne den Untergang können wir nicht.“

Angesichts der Post-Phänomene stellt sich die Frage, in welchem Zeitalter wir nun eigentlich leben. In der Postdemokratie? Dem Postfaktizismus? Oder in allen gleichzeitig, also im Post-Zeitalter? Und: Was folgt darauf? Diese Gedanken leiten in die Posthistoire über – in die Erwägungen über das Ende der Geschichte.

Sie schöpfen aus dem menschlichen Bedürfnis, zeitlebens alles erlebt haben zu wollen: Man möchte schließlich nicht das Gefühl haben, nach dem Tod etwas zu verpassen, so der

Historiker Achim Landwehr (Universität Düsseldorf). Daraus erklärt sich auch die Faszination für Weltuntergangsszenarien in Literatur und Filmen – aber eben auch in der Wissenschaft. So spricht Francis Fukuyama von „The End of History and the Last Man“. „Ohne den Untergang können wir nicht“, so Landwehr. Dabei versucht posthistorisches Denken vorrangig das Ende des Sinns zu fassen – und verfängt sich letztlich in einer Zirkelwirkung: Das Ende der Geschichte wird immer von einem konkreten Standpunkt einer konkreten Gegenwart proklamiert, wodurch es zu einem „endlosen Ende“ werde. Stattdessen plädiert Landwehr für das Prinzip der Vielzeitigkeit. Man müsse sich damit arrangieren, dass wir ständig mit einer Vergangenheit leben, die es nicht mehr gibt, und mit einer Zukunft, die es noch nicht gibt. Eine Auseinandersetzung mit dem Phänomen der Posthistoire könne der Selbstreflexion der Postmoderne dienen – und damit auch der Erkenntnis, diese nicht als den finalen Zustand anzusehen.

Eindämmung der Post-Pandemie

„Zu viel Apokalypse trägt auf Dauer nicht“, so auch der Münchner Philosoph und ehemalige Kulturstatsminister Julian Nida-Rümelin. Klammert man das Phänomen des Postwachstums aus, diagnostizieren die Post-Begriffe letztlich ein Scheitern. Ihr inflationärer Gebrauch, geradezu eine „Post-Pandemie“, würde zwar kurzfristig aufrütteln. Am Ende führe sie aber zu Handlungsblockaden und Resignation, weil sie schwer überwindbare Brüche und Zäsuren vermuten lasse und dadurch den Gestaltungswillen bremse. Geschichtsmetaphysik, Finalitätsdenken ebenso wie vermutete Automatismen menschlicher und sozialer Entwicklung würden die Idee der Autorenschaft leugnen und auch der Empirie widersprechen.



Julian Nida-Rümelin: „Wir müssen aus dem Post-Muster herauskommen.“

© Pohlmann (APB)

Nida-Rümelin spricht sich für einen Abschied von den Post-Konzepten und -Ideologien aus und plädiert stattdessen für eine Hinwendung zu den zentralen humanistischen Orientierungen: „Wir müssen aus dem Post-Muster herauskommen und unser Zeitalter selbstverantwortlich und aktiv gestalten. Denn wir sind schließlich Autoren unseres Lebens.“ Es gehe darum, in die „Jetztzeit“ zurückzukehren – gleichsam vom Post ins Präsens.



Andreas Kalina

Die Praxis der deutschen EU-Ratspräsidentschaft

Deutschland hatte im zweiten Halbjahr 2020 die EU-Ratspräsidentschaft inne. Kurz nach dem Gipfeltreffen des Europäischen Rates Mitte Oktober sprachen in einer Online-Veranstaltung* der Europabeauftragte des Auswärtigen Amtes Christian Klein sowie der Augsburger Europarechtler Matthias Rossi über die Praxis der Ratspräsidentschaft und die Potenziale der EU.

„DIE RATSPRÄSIDENTSCHAFT ist ein besonderer Moment. Bei 27 Mitgliedstaaten kommt es nur selten vor, mit einem Programm auf die Mitgliedstaaten zuzugehen“, sagte Christian Klein. Für die Frage bei der Vorbereitung, welche Schwerpunkte die Bundesregierung setzen sollte, bot unter anderem der Koalitionsvertrag, aber auch die Strategische Agenda des Europäischen Rates sowie die politischen Leitlinien der Europäischen Kommission Orientierung. Ab März 2020 kam die Pandemie dazu.

Lange Agenda

Deshalb sollten die anderen zentralen Themen jedoch nicht ausgeblendet werden, sagte Klein. Zu den „Muss-Themen“ neben der Krisenbewältigung gehörten etwa der Finanzrahmen, die Verhandlungen mit dem Vereinigten Königreich über die Regeln nach dem Brexit, die Umsetzung neuer Klimaziele und der neue Pakt für Migration und Asyl. Hinsichtlich der EU-Außenpolitik ging es insbesondere um das Verhältnis zu China und Russland, der Türkei und Belarus. Zudem gehöre ein abgestimmtes Auftreten gegenüber dem Sieger der Präsidentschaftswahlen in den USA zu den Zielen der deutschen EU-Ratspräsidentschaft. Ein weiteres Anliegen war es, „durch Prävention und frühzeitigen Dialog die Schärfe aus der Rechtsstaatsdiskussion innerhalb der EU“ zu nehmen, so Klein.

Matthias Rossi, Europarechtler an der Universität Augsburg, ging auf Potenzen und Potenziale der EU ein. „Die Kompetenzen der EU sind kontinuierlich angewachsen“, sagte er. Dies lag zum einen an der bewussten Übertragung von mehr Kompetenzen auf die EU durch die Mitgliedstaaten. Gleichzeitig habe die EU die ihr übertragenen Kompetenzen extensiv ausgelegt und an sich gezogen. Bei den Sachkompetenzen zeige sich das insbesondere bei den Themen Wirtschaft (insbesondere Landwirtschaft), dem Umweltschutz, der Wirtschafts- und Währungsunion, der Sozial- sowie der Außen- und Sicherheitspolitik. Zu den gewachsenen Organkompetenzen zählten zum Beispiel die Erweiterungen der Befugnisse des Europäischen Parlaments.

Grundrechtsschutz

Rossi hob die Potenziale der EU hervor: Eine florierende Wirtschaft sei kein Selbstzweck, sondern Grundlage der Wohlstandssicherung. Auch für den Grundrechtsschutz läge in der EU Potenzial. So sei erst durch die Verankerung des Datenschutzes auf europäischer Ebene durch die Datenschutz-Grundverordnung eine „kritische Masse“ geschaffen worden, die dazu beitragen kann, Schutzstandards weltweit durchzusetzen.

Teil der Online-Veranstaltung war auch eine Lehrkräftefortbildung, bei der die europapolitischen Veranstaltungen der Akademie und der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit vorgestellt sowie praktische Anregungen für einen aktuellen Unterricht gegeben wurden.



Gero Kellermann



© MESTER

* In Zusammenarbeit mit der Bayerischen Landeszentrale für politische Bildungsarbeit

Politischer Bildner mit Verstand, Herzblut und Humor

Als verantwortlicher Dozent für Wirtschafts- und Sozialpolitik ging Dr. Wolfgang Quaisser nach 15 Jahren an der Akademie in den Ruhestand.

DIE ANALYSE und die Debatte komplexer wirtschaftlicher und sozialer Zusammenhänge leisten einen Beitrag zum Vertrauen in die Demokratie und in die Soziale Marktwirtschaft. Diese Grundregel der ökonomischen und politischen Bildung verfolgte Dr. Wolfgang Quaisser in seiner 15-jährigen Tätigkeit als Akademiedozent im Arbeitsbereich Wirtschafts- und Sozialpolitik – mit scharfem Verstand, Herzblut und Humor.

Deutsche Einheit und EU

Seine Befassung mit den ökonomischen Problemen, die im Zuge der Deutschen Vereinigung einerseits sowie der Vertiefung und Erweiterung der Europäischen Union andererseits auftraten, bildeten die Grundlage für viele erkenntnisreiche (Kooperations-)Veranstaltungen. Bereits in seiner Funktion als Wissenschaftlicher Mitarbeiter der ökonomischen Abteilung des Osteuropa-Instituts München hatte sich Quaisser intensiv mit den Transformationsproblemen im Zuge der Umstellung von der Plan- zur Marktwirtschaft auseinandergesetzt und sich dabei sowohl Expertise als auch fachliche Kontakte erschlossen, von denen die Akademie über 15 Jahre hinweg profitieren konnte.

Relevante Debatten identifiziert

Seit seiner Berufung an die Akademie machte Wolfgang Quaisser sein Fachwissen für die politische Bildung nutzbar. Unzählige Tagungsgäste aus allen Bereichen haben von seiner Fähigkeit profitiert, die relevanten wirtschafts- und sozialpolitischen Debatten ebenso wie sich abzeichnende Trends zu identifizieren. Er konnte anregende Referentinnen und Referenten gewinnen und versiert kontroverse Fachdiskussionen voranbringen. Dabei ging es sowohl um weltumspannende Analysen und Vergleiche als auch um die Frage, wie sich die Veränderungen in der globalen Wirtschaft zum einen und regulatorische Maßnahmen zum anderen auf die nationalen Akteure in der Finanz-, Wirtschafts- und Sozialpolitik auswirken. Dass er zur Wirtschafts- und Finanzpolitik sehr klare Standpunkte

vertritt, hat zugleich viele Gespräche mit den Kollegen und Kolleginnen innerhalb wie außerhalb der Akademie ausgesprochen munter gestaltet.

Große Transformationen

Nahezu alle Bereiche des menschlichen Lebens verändern sich zurzeit dramatisch schnell und tiefgreifend. Diese Feststellung gilt für die Wirtschafts- und Finanzpolitik ganz besonders – mit zwangsläufigen Konsequenzen für die Arbeit unserer Akademie und seinen bisherigen Tätigkeitsbereich: Die großen Transformationen wie Digitalisierung, Globalisierung, aber auch der Klimawandel und nun die Pandemie zeitigen unmittelbare ökonomische, aber eben auch gesellschaftliche und politische Folgen. Umfragen belegen, dass die damit verbundenen zum Teil dramatischen Veränderungen des Arbeitsmarktes oder des Konsumverhaltens einen Teil der Bevölkerung massiv verunsichern und sogar Ängste wecken, die dann wiederum durch populistische Argumentation zusätzlich geschürt werden.



Den Blick für Veränderungen schärfen

Quaisser ging es in seiner Tätigkeit als Tagungsleiter und Dozent nicht darum, unmittelbar anwendbare „Techniken“ zu vermitteln, sondern er wollte vor allem den Blick für die wirtschaftliche, politische und gesellschaftliche Bedeutung dieser Veränderungen schärfen und die Fähigkeit zur angemessenen Einordnung gerade auch ökonomischer Strukturen und Entwicklungen vermitteln. Schließlich werden in der Akademie für Politische Bildung nicht die „letzten Wahrheiten“ zu Bedeutung und Zukunft der Sozialen Marktwirtschaft verkündet, bei der es sich – so Wolfgang Quaisser – ja um „kein in Stein gemeißeltes Ordnungskonzept“ handelt.

Zu seinem Aufgabenbereich gehörten die Organisation und Durchführung attraktiver Tagungen und Fortbildungen, aber auch das Abfassen



Wolfgang Quaisser bei seiner letzten Fachtagung im Juli 2020 mit der ihm gewidmeten Festschrift
© Winterer (APB)

wissenschaftlicher Studien. Seine jüngste „Akademie-Kurzanalyse“, die über die Webseite der Akademie abrufbar ist, befasst sich nicht nur mit den finanz- und wirtschaftspolitischen Folgen des „Pandemieschocks“, sondern schlägt – und ist damit ein „typischer Quaisser“ – einen großen Bogen zu den früheren Weltwirtschaftskrisen.

Musikliebhaber und -kenner

Dass Wolfgang Quaisser nicht nur ein ausgewiesener Wirtschaftswissenschaftler, fähiger ökonomischer Bildner und engagierter Tagungsleiter ist, sondern auch ein großer Musikliebhaber und -kenner,

wissen die meisten, die bereits mit ihm zusammenarbeiten durften. Die Pandemie bringt es mit sich, dass seine Frau und er einstweilen nicht zu Reisen in deutsche und europäische Opernhäuser aufbrechen können. Damit hat Covid-19 ausnahmsweise auch einen Vorteil: Wir danken Herrn Quaisser nicht nur für seine zurückliegende Arbeit für die Akademie, sondern sind froh, dass er bis zum Sommer 2021, wenn seine Nachfolgerin ihre Stelle antreten wird, den Übergang gestaltet und einschlägige Veranstaltungen betreut. Auch diese Flexibilität und Hilfsbereitschaft zeichnen ihn aus – und erleichtern uns den Übergang in Quaisser-lose Akademiezeiten.



Ursula Münch



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Kollegium

Dr. Saskia Hieber hielt auf einer internationalen Online-Konferenz einen Vortrag über „Europe and the Challenges in China's Infrastructure and Investment Policy“. In Tutzing sprach sie über Chinas neuen Machtstatus, China und die USA, U.S.-Wahlkampfthemen und über Bürgerproteste und Volksaufstände in China. Auf einer amerikanischen Online-Konferenz referierte sie über „Patterns of Power: Asian Women in Politics“. An der Campus M University diskutierte sie den amerikanischen Wahlkampf. Im Wintersemester 2020/2021 leitet sie an der Universität Regensburg eine Lehrveranstaltung zu „Constructions of Authoritarian Power: The Chinese Communist Party at 100“ durch.

Dr. Andreas Kalina hielt an der TUM School of Education eine Vorlesung zum Thema „Erneuerung der Demokratie durch Covid-19?“. An der Universität Würzburg sprach und diskutierte er über „Politische Bildung in Zeiten demokratischer Herausforderungen“. Anlässlich des Wiener Dialogs zur Zukunft Europas referierte Kalina über „Corona als Modernisierungsfaktor europäischer Integration? Konkrete Handlungsfelder vor dem Hintergrund der Pandemie“. Ebenso eröffnete er die Tegnsee Wissenschaftstage mit einem Vortrag „Zu Risiken und Nebenwirkungen fragen Sie Ihren ... Wirkung von Corona auf Politik und Gesellschaft“. Zum selben Thema sprach und debattierte er beim Runden Tisch der Fraktion der Freien Wähler im Bayerischen Landtag. Im Rahmen eines

ARD-Workshops hielt Kalina den wissenschaftlichen Impuls zu „Zentrum gegen Peripherie? Regionale Divergenzen im Zeitalter der großen Transformationen“. An der Universität Passau bietet er im Wintersemester 2020/21 ein Oberseminar zum Thema „Leadership in der Krise: Nationale Regierungen als Impulsgeber der EU?“ an.

Dr. Gero Kellermann hielt bei der internationalen Online-Konferenz „Covid-19 und die Verfassung – Der demokratische Rechtsstaat in Krisenzeiten“ einen Vortrag über „Covid-19 und Gewaltenteilung“ und war Diskussionsteilnehmer zum Thema „Covid-19 und die Demokratie“. Veranstalter waren die Korea Universität in Seoul und das Auslandsbüro Korea der Konrad-Adenauer-Stiftung. Zudem wirkte er an der Produktion eines Lehrfilms für bayerische Schulen zum Thema „Landkreise“ mit.

Dr. Michael Mayer sprach im Festsaal der Augsburger Synagoge zum Thema „Judenfeindschaft im Schatten des Holocaust. Die antisemitische Politik des französischen Vichy-Regimes“. Dieser Vortrag wurde aufgezeichnet und ist über den YouTube-Kanal des Jüdischen Museums Augsburg Schwaben abrufbar (<http://bit.ly/JMAStube>).

Dr. Wolfgang Quaisser hielt im Rahmen des Exzellenz-Programms „Europa“ der Bayerischen Staatskanzlei in Tutzing den Vortrag „Wirtschaftliche Kollateralschäden der Corona-Krise – Fokus Europäische Union“.

Ansprechpartner und Nothelfer für alle

Wenn der Begriff des Urgesteins nicht schon so abgegriffen wäre: Für Michael Wrase, seit 38 Jahren Hausmeister der Akademie, trifft er sicher zu. Zum Jahresende 2020 ging er nach 43 Jahren im Öffentlichen Dienst in den Ruhestand.

ER WAR DIE SEELE der Akademie, Ansprechpartner und Nothelfer für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des Hauses. Während seiner Tätigkeit an der Akademie reparierte er nicht nur Wasserrohre und defekte Heizkörper. Er unterstützte den Tagungsbetrieb auf vielfältige und unauffällige Weise im Hintergrund. 22 Jahre war Wrase Mitglied des Personalrats und setzte sich für die Belange und Interessen seiner Kolleginnen und Kollegen ein. Bei den zahlreichen Um- und Neubauten in der Akademie war er stets der erste Ansprechpartner für die Bauleiter und Arbeiter. Auch die diversen Handwerker in der Umgebung schätzten seine Fachkompetenz und sein kollegiales Verhalten. Nicht zuletzt waren immer wieder seine Kenntnisse als Rettungssanitäter bei medizinischen Notfällen in der Akademie gefragt. Diesbezüglicher Höhepunkt seiner Laufbahn: Er brachte eine schwangere Teilnehmerin in die Klinik, wo sie ein gesundes Kind zur Welt brachte.



Michael Wrase in seiner zweiten Heimat, der Akademiewerkstatt
© Pohlmann (APB)

sierte über Bekannte in der Gemeinde ein Ersatzteil und reparierte den Schaden selbst. „Dieses Provisorium hat dann noch 15 Jahre gehalten“, erzählt er.

Arbeitsplatz und zweite Heimat

Bei seiner Arbeit kamen dem gebürtigen Tutzingener Wrase seine Kontakte zur „Lokalmafia“ zugute, wie der Personalratsvorsitzende Andreas Kalina bei der Verabschiedung scherzte. Gemeint ist das Netzwerk aus Wasserwacht und Bayerischem Rotes Kreuz im Landkreis Starnberg. Dazu zählt auch sein kommunalpolitisches Engagement als 2. Vorsitzender der Freien Wähler in Tutzing.


Er verlässt nicht nur seine Arbeitsstätte, sondern auch seine „zweite Heimat“, wie er selbst sagt. „Wenn ich am Wochenende frei hatte und bin aus Tutzing rausmarschiert, bin ich nicht über die Haupt-

Bescheidenheit und Improvisationskunst

Am 1. Oktober 1982 – an dem Tag wurde Helmut Kohl zum Bundeskanzler gewählt – trat Michael Wrase in den Dienst der Akademie. Karl Carstens war damals Bundespräsident und der Akademiedirektor hieß noch Manfred Hättich. Wrase begann zunächst als Gärtner und 2. Hausmeister. Hättichs Sohn hatte ihm die Stelle vermittelt. Davor war Wrase Hausmeister in einem Altenheim im benachbarten Garatshausen. 1997 wurde er als Nachfolger von Hans Kratzer 1. Hausmeister. In den letzten 38 Jahren hat er unzählige Male die Hörsäle neu bestuhlt, etliche Reparaturen ausgeführt und mehrere Baustellen begleitet. Seine Kennzeichen: Bescheidenheit, Improvisationskunst und die Fähigkeit, Probleme oft mit einfachen Mitteln zu lösen. Als gelernter Gas- und Wasserinstallateur war auch ein Rohrbruch an der Hauptwasserleitung an einem Wochenende für ihn kein unlösbares Problem. Er organi-

straße gegangen, sondern über das Akademiegelände und habe geschaut, ob alle Türen und Fenster zu sind. Und wenn sie es nicht waren, bin ich rein und habe zugesperrt. Das war halt einfach so“, sagt Wrase in seiner bescheidenen Art.

Akademiedirektorin Ursula Münch bedankte sich bei Michael Wrase und seiner Ehefrau für seine vielen – zum Teil spontanen – Wochenend-, Abend- und zum Teil auch Nachteinsätze, die sie nicht für selbstverständlich hält. Der Personalratsvorsitzende Andreas Kalina dankte ihm im Namen aller Kolleginnen und Kollegen bei einer Corona-bedingt eingeschränkten Abschiedsfeier für seinen unermüdlichen Einsatz und wünschte ihm alles Gute für den neuen Lebensabschnitt.

Zukünftig übernehmen zunächst Martin Pfänder und Steffen Lehmann die Hausmeisterei der Akademie. 
Michael Schröder

Trauer um Hermann Kumpfmüller

Unsere Akademie trauert um ihren ehemaligen Beiratsvorsitzenden Hermann Kumpfmüller, der im Oktober 2020 im Alter von 88 Jahren verstorben ist.

ALS DIREKTOR des Bayerischen Volkshochschulverbands gehörte er von 1973 bis 1996 unserem Beirat an, seit 1981 war er Vorsitzender. Auch ihm ist es zu verdanken, dass dieses Gremium zu einem Ort des Gesprächs zwischen Vertretern unterschiedlicher gesellschaftlicher Gruppen in Bayern wurde. „Man kann sagen, unter dem Vorsitz von Hermann Kumpfmüller sei der vom Akademiegesetz installierte Beirat nicht nur mit Leben erfüllt, sondern über den engeren Auftrag hinaus zu einer originellen Einrichtung im Freistaat entwickelt worden“, schrieb der ehemalige Akademiendirektor Manfred Hättich 1996 zu Kumpfmüllers Verabschiedung als Beiratsvorsitzender. Als „gewinnbringend und impulsgebend“ bezeichnete Hättich den Austausch mit dem Gremium.

Aufgewachsen ist Hermann Kumpfmüller in Landshut, wo er sich in der katholischen Jugendarbeit engagierte. Nach dem Studium war er Geschäftsführer des Jugendarbeitsprogramms beim Studentenwerk Mün-

chen und Präsident des Bayerischen Jugendrings, bevor er an die Spitze des Volkshochschulverbands und in den Beirat der Akademie rückte. Besondere Verdienste erwarb er sich 1974 bei der Einführung des ersten Gesetzes zur Förderung der Erwachsenenbildung in Bayern.

Im Beirat führte er ein neues Verfahren ein: In jeder Sitzung sollte ein Vertreter berichten, welche Rolle politische Bildung in seiner Organisation spielt und mit welchen Problemen sie dort kämpft. Nach seinem Ausscheiden aus dem Beirat engagierte er sich insbesondere im Förderverein für internationale Jugendbegegnung und Gedenkstättenarbeit in Dachau und überzeugte als Vorsitzender die Stadt, das Todesmarsch-Denkmal zu unterstützen. Die Direktorin und die Beschäftigten der Akademie trauern mit seiner Familie und werden Hermann Kumpfmüller ein ehrendes Andenken bewahren.



Der ehemalige Beiratsvorsitzende Hermann Kumpfmüller ist im Oktober 2020 im Alter von 88 Jahren gestorben.

© Fred Schmid/Förderverein für internationale Jugendbegegnung und Gedenkstättenarbeit in Dachau

Michael Schröder

Prägende Figur der bayerischen Gewerkschaften

Der ehemalige Beirat (1985 bis 1991) und Kurator unserer Akademie (1994 bis 2007) und frühere bayerische DGB-Chef Jakob Deffner ist Ende Oktober 2020 wenige Wochen vor seinem 91. Geburtstag in München gestorben.

DER aus dem oberbayerischen Penzberg stammende Bergmannssohn Deffner hatte dort Ende April 1945 als 15-Jähriger die Ermordung von 16 Frauen und Männer durch die Nazis miterlebt. Das prägte ihn: Zeit seines Lebens war der Sozialdemokrat ein unermüdlicher Kämpfer für Freiheit und Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Neonazismus. Auch für Impulse und Unterstützung bei diesen Themen wird die Akademie ihm immer dankbar sein. Heinrich Oberreuter lobte ihn 2008 als „höchst engagiert, geradlinig und konstruktiv, ein Mann des klugen Rats mit leisen Tönen“ und hob dabei „seinen honorigen und verbindlichen Stil“ hervor. Die Akademie

habe Deffner für „fast eineinhalb Jahrzehnte verlässlicher, fairer und kompetenter Förderung zu danken“.

Deffner war von 1978 bis 1990 Vorsitzender des DGB Bayern. Von 1974 bis 1982 saß er für die SPD im Landtag und danach bis 1991 im Bayerischen Senat. Der DGB-Landesvorsitzende Matthias Jena würdigte „Jakl“ Deffner als „eine, wenn nicht die prägende Figur der bayerischen Gewerkschaftsbewegung.“



Jakob Deffner (1929 bis 2020) war ein unermüdlicher Kämpfer für Freiheit und Demokratie und gegen Rechtsextremismus und Neonazismus.

© Archiv der Münchner Arbeiterbewegung e.V.

Die Direktorin und die Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter der Akademie trauern mit seiner Familie und werden ihm ein ehrendes Andenken bewahren.

Michael Schröder

„Der wichtigste Produktionsfaktor ist die Bildung“

Die Vereinigung der landwirtschaftlichen Auslandspraktikanten (VLAP) ist seit über 50 Jahren Kooperationspartner der Akademie und bereits seit 1958 Anlaufstelle und Treffpunkt für künftige und ehemalige Auslandspraktikanten in der Landwirtschaft.



Vereinigung der landwirtschaftlichen
Auslandspraktikanten e.V.

NACHDEM die Akademie schon früh damit begonnen hatte, Landwirtschaft und Agrarpolitik zum Thema von teils hochkarätig besetzten Fachtagungen zu machen, war es nur konsequent, gemeinsame Veranstaltungen auch mit der VLAP in Tutzing durchzuführen. „Bildung und Ausbildung in einer sich wandelnden Gesellschaft“ lautete der Titel der ersten internationalen Kooperationstagung im November 1969. Vor über hundert Teilnehmern und zahlreichen Ehrengästen entwickelte der damalige bayerische Landwirtschaftsminister Hans Eisenmann seine Auffassungen über die vorherrschenden Probleme der landwirtschaftlichen Berufsausbildung in Bayern.

Gleiche Ausbildungschancen

Eisenmann, selbst Auslandspraktikant, Landwirtschaftslehrer und lange Jahre Landrat und Landespolitiker, stellte einleitend quasi apodiktisch fest: „Der wichtigste Produktionsfaktor ist die Bildung!“ Die Ausbildung der Bauern, so hob der Minister hervor, sei die Existenzfrage für den gesamten Berufsstand: „Wenn wir über wirtschaftliche und politische Disparität der Landwirtschaft gegenüber der Industrie und des Landes gegenüber der Stadt klagen, dann eben deshalb, weil wir nicht genügend Leute in der Landwirtschaft haben, welche die geistige Disparität überwinden können.“ Darum sei es auch „die beste Agrarpolitik, wenn man dem Lande mindestens die gleichen Ausbildungschancen gibt wie sie in der Stadt bestehen.“

Reform des Schulwesens

In seiner Eröffnungsrede hatte bereits der damalige Landtagspräsident Rudolf Hanauer auf die zentrale Bedeutung fundierter und begleitender Bildungs- und Ausbildungsangebote hingewiesen: „Lernen ist wie Rudern gegen den Strom; sobald man aufhört, geht es zurück.“ Für die aus seiner Sicht nötige grundlegende Reform des Schulwesens stellte der damalige Akademiedirektor Felix Messerschmid ein ganzes Bündel an Forderungen auf: Das Schulwesen sei qua-

litativ und quantitativ zu verbessern. Eine volle Demokratisierung sei nötig. Die vertikale Schulgliederung (im Dorf Volksschule, in der Stadt weiterführende Schulen) müsse ersetzt werden durch einen breiten und hohen Schulblock für alle mit Differenzierungs- und Übergangsmöglichkeiten. Neue Wege in der Methode und Didaktik müssen beschritten werden. Verstärkung der gesellschaftlichen und politischen Bildung tue ebenso not, wie die Verstärkung der personalen Bildung zum vernünftigen und gewinnbringenden Gebrauch der Freizeit.

Zentrale Themen

In den Folgejahren widmeten sich Akademie und VLAP in vielzähligen Tutzinger Gemeinschaftstagungen weiteren zentralen Themenkomplexen aus Landwirtschaft und Agrarpolitik, wie beispielsweise den Themen „Europa der Zehn“, „Agrarprobleme in Ost und West“, „Wandel in der Landwirtschaft“, „Die europäische Wirtschafts- und Währungsunion“, „Europa – Euro – Agenda 2000. Was wird aus der Landwirtschaft?“, „Die Zukunft von Umwelt und Landwirtschaft“, „Neue Herausforderungen in landwirtschaftlichen Regionen“, aktuelle Entwicklungen in Europa (Institutionen und Prozesse in der EU, Brexit, Status Nordirlands) und der Welt. Im Januar 2021 gab es eine Premiere: Zum ersten Mal fand eine Tagung wegen der Pandemie im digitalen Format statt (Herausforderungen der neuen Dekade: USA, China und Künstliche Intelligenz in der Landwirtschaft).

Insofern haben – in den Worten des früheren BBV-Obmanns von Bad Tölz, Lorenz Ebert – die Bauern, die in Tutzing waren, seit Jahrzehnten nachdrücklich bewiesen, dass sie „sehr wohl über den eigenen Misthaufen sehen können“.



Steffen H. Elsner

Demokratie



Ursula Münch,
Andreas Kalina (Hrsg.)

**Demokratie im
21. Jahrhundert**
Theorien, Befunde,
Perspektiven

Tutzingen Studien zur Politik,
Band 18

Nomos, Baden-Baden 2020

ISBN-13: 978-3-8487-
6903-2, 446 Seiten

Demokratie im 21. Jahrhundert

Theorien, Befunde, Perspektiven

WO DIE DEMOKRATIE noch vor der Jahrtausendwende einen weltweiten Siegeszug zu erleben schien, steht sie heute massiv unter Druck: als real existierende Herrschaftsform, aber auch als theoretisches und normatives Konzept. Die Coronakrise verdeutlicht und beschleunigt diese Entwicklungen. Die Gründe sind vielfältig. Sie liegen vor allem in den grundlegenden Veränderungen in Staat und Gesellschaft im Angesicht der großen Transformationen – allen voran der Globalisierung, der Digitalisierung, der Migration, des Klimawandels und nicht zuletzt der Pandemie. Der Band analysiert den Wandel sowie die Krisenerscheinungen der Demokratie im 21. Jahrhundert. Er identifiziert dabei zum einen den Handlungsbedarf und fragt zum anderen nach zeitgemäßen Reformoptionen und Perspektiven für Politik, politische Kommunikation und politische Bildung.

Mit Beiträgen von: Ulrich von Alemann, Bernd Becker, Frank Brettschneider, Frank Decker, Claudio Franzius, Georg Paul Hefty, Andreas Kalina, Helmut Klages, Uwe Kranenpohl, Pola Lehmann, Linus Leiten, Dirk Lüdecke, Thomas Metz, Ursula Münch, Ursula Alexandra Ohliger, Veronika Ohliger, Rainer-Olaf Schultze, Peter Seyferth, Hans Vorländer, Uwe Wagshal, Thomas Waldvogel und Samuel Weishaupt

Zeitgeschichte



Volker Benkert (Hrsg.)

**Unsere Väter,
unsere Mütter**
Deutsche Generationen
seit 1945

1. Auflage

Campus, Frankfurt/
New York 2020

ISBN-13: 978-3-593-
50527-5, 246 Seiten

Unsere Väter, unsere Mütter

Deutsche Generationen seit 1945

WAS MEINT DER BEGRIFF »Generation«? Ist er durch Zeitumstände geprägt oder wird er im Nachhinein konstruiert? Inwieweit kann Gesellschaftsgeschichte durch den Blickwinkel von Generationen erzählt werden? Wie ist die Beziehung zwischen Generation und Gedächtnis? Wie wird der Begriff um Jugendbewegungen konstruiert? Dieser Band beleuchtet die Zäsuren der deutschen Geschichte seit 1945 durch die von ihnen geformten Generationen: Das Erbe von Weltkrieg und Völkermord, Teilung und Vereinigung spiegeln sich in den jeweiligen Alterskohorten und wurden von diesen unterschiedlich rezipiert. Dabei kommen nicht nur unterschiedliche Altersgruppen in Ost und West zu Wort. Die Autoren stellen auch Grundpositionen der Generationenforschung zwischen generationeller Prägung und nachträglicher Konstruktion einander gegenüber.

Mit Beiträgen von: Thomas Ahbe, Andreas P. Bechtold, Volker Benkert, Yael Sarah Ben-Moshe, Wulf Kansteiner, Adriana Lettrari-Pietzcker, Benjamin Möckel, Christian Nestler, Jane Porath und Lu Seegers

Der Herausgeber: Assistant Prof. Dr. Volker Benkert lehrt Moderne Deutsche und Europäische Geschichte an der Arizona State University und war im Jahr 2015 Gastdozent an der Akademie für Politische Bildung in Tutzing.

Kommunalpolitik

Zukunft vor Ort

Kommunalpolitik in Bayern



Monika Franz,
Gero Kellermann (Koord.)

Zukunft vor Ort

Kommunalpolitik in Bayern

Hrsg. von der Bayerischen
Landeszentrale für
politische Bildungsarbeit
und der Akademie für
Politische Bildung

1. Auflage

Bayerische Landeszentrale
für politische Bildungs-
arbeit, München

292 Seiten

„ZUKUNFT VOR ORT“ ist das Motto, unter dem Aufsätze und Interviews zu aktuellen Themen der Kommunalpolitik versammelt sind. Die Publikation mit Beiträgen von Expertinnen und Experten konzentriert sich auf die rechtlichen und politischen Grundlagen der Kommunalpolitik, auf ausgewählte Zukunftsvisionen sowie auf die Frage nach Partizipation und Interaktion auf kommunaler Ebene. Gleichzeitig soll der Blick von der „Arbeitsebene“ aus zeigen, wie vielgestaltig und herausfordernd die Arbeit vor Ort in diesen dynamischen Zeiten aussieht. Das Textangebot wird durch Infografiken ergänzt. Die Publikation versteht sich als Angebot, die elementare Basispolitik, die den Alltag der Menschen entscheidend prägt, stärker in den Blick zu nehmen. Sie wendet sich sowohl an Praktiker in der Kommunalpolitik als auch an alle Interessierten.

Mit Beiträgen von: Diane Ahrens, Siegfried Balleis, Okan Bellikli, Martin Burgi, Monika Franz, Norbert Gebbeken, Max-Emanuel Geis, Florian Gleich, Norbert Göttler, Julia Hacker, Gero Kellermann, Uwe Kranenpohl, Manuel Kronschnabel, Thomas Müller, Ursula Münch, Judith Sandmeier, Angelika Vetter, Paul Warnstedt und Barbara Weishaupt.

Interviews mit: Wolfgang Glock, Franz Löffler, Christian Bernreiter, Markus Pannermayr und Uwe Brandl

Wirtschaftspolitik

Weltwirtschaft in der Corona-Pandemie



Wolfgang Quaisser

Weltwirtschaft in der Corona-Pandemie

Akademie-Kurzanalysen,
3/2020

Akademie für Politische
Bildung, Tutzing 2020

ISBN: 978-3-9821033-3-4,
24 Seiten

DIE WELTWIRTSCHAFT wird gegenwärtig von der schwersten Krise nach dem Zweiten Weltkrieg heimgesucht. Obwohl es im Sommer Anzeichen einer raschen Stabilisierung der Wirtschaftslage gab, gefährdet die sich nunmehr ausbreitende zweite Welle der Corona-Epidemie die wirtschaftliche Erholung. Der besondere Charakter der Krise zeigt sich als Angebots- und Nachfrageschock und verlangt ein neuartiges Herangehen der staatlichen Rettungspolitik. Es gilt Unternehmen und Beschäftigte mit Überbrückungshilfen und Kurzarbeitergeld direkt zu unterstützen und gleichzeitig durch Konjunkturprogramme sowie eine lockere Geldpolitik die gesamtwirtschaftliche Nachfrage zu stabilisieren. Doch drohen Kollateralschäden, deren mittel- und langfristige Schäden noch nicht absehbar sind. Die Studie analysiert die gegenwärtige Weltwirtschaftskrise und vergleicht sie mit der Großen Depression der 1920er- und 1930er-Jahre sowie mit der Finanzkrise des Jahres 2008.

Die Kurzanalysen sind bei der Akademie kostenlos erhältlich und stehen als pdf-Download bereit unter:
<https://www.apb-tutzing.de/publikationen/kurzanalysen.php>.



Jahresbibliografien 2020

Prof. Dr. Ursula Münch ■

Herausgeberschaften

Demokratie im 21. Jahrhundert. Theorien, Befunde, Perspektiven (zusammen mit Andreas Kalina), Baden-Baden (Nomos) 2020.

Die dritte Gewalt in Deutschland und Europa. Symposium zur Verfassungspolitik zum 75. Geburtstag von Hans-Jürgen Papier (zusammen mit Gero Kellermann), Tutzing (Akademie für Politische Bildung) 2020.

Die Sprache von Forschung und Lehre. Lenkung durch Konzepte der Ökonomie? (zusammen mit Ralph Mocikat, Siegfried Gehrman und Jörg Siegmund), Baden-Baden (Nomos) 2020.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Werte in Bayern: Wo Heimatliebe, Demokratieverständnis und Völkerverständigung aufeinandertreffen (sollen), in: Klaus Zierer (Hg.), Werte in Bayern. Antworten auf die Herausforderungen des 21. Jahrhunderts in Bildung, Politik und Kultur, München (Volk) 2020, S. 157–162.

Wie international geht kommunal? Vom entwicklungs- und europapolitischen Engagement der kommunalen Ebene zur Frage nach den Wechselwirkungen von globalen und lokalen Strukturen – einige Themenfelder im Überblick, in: Monika Franz/Gero Kellermann (Hg.), Zukunft vor Ort. Kommunalpolitik in Bayern, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2020, S. 158–176.

Bedroht die digitale Transformation die liberale Demokratie?, in: Ursula Münch/Andreas Kalina (Hg.), Demokratie im 21. Jahrhundert. Theorien, Befunde, Perspektiven, Baden-Baden (Nomos) 2020, S. 231–252.

Mobilisierung der Demokratie. Herausforderungen und Ansatzpunkte für die politische Bildung (zusammen mit Andreas Kalina), in: Ursula Münch/Andreas Kalina (Hg.), Demokratie im 21. Jahrhundert. Theorien, Befunde, Perspektiven, Baden-Baden (Nomos) 2020, S. 409–441.



Erosion der demokratischen Mitte? Herausforderungen der Unionsparteien in den Zeiten postpandemischer Krisenbewältigung, in: Norbert Lammert (Hg.), Christlich Demokratische Union. Beiträge und Positionen zur Geschichte der CDU, München (Siedler) 2020, S. 533–553.

Wenn dem Bundesstaat die Stunde der Exekutive schlägt: der deutsche (Exekutiv-) Föderalismus in Zeiten der Coronakrise, in: Jahrbuch des Föderalismus 2020. Föderalismus, Subsidiarität und Regionen in Europa, hrsg. vom Europäischen Zentrum für Föderalismus-Forschung Tübingen, Baden-Baden (Nomos) 2020, S. 209–225.

Wenn sich alles verändert: Politische Bildung in Zeiten von Digitalisierung, Globalisierung, Klimawandel und einer Pandemie, in: Zeitschrift Außerschulische Bildung, 51. Jg. (2/2020), S. 55–59 sowie veränderte Fassung: Wenn sich alles verändert. Aufgaben beruflicher Bildung in Zeiten von Digitalisierung, Globalisierung und Klimawandel, in: VLB-Akzente. Zeitschrift des Verbandes der Lehrer an beruflichen Schulen in Bayern, Nr. 3–4/2020, S. 4–6.

Politische Bildung und Wissenschaftssprache – eine Einführung (zusammen mit Jörg Siegmund), in: Ursula Münch/Ralph Mocikat/Siegfried Gehrman/Jörg Siegmund (Hg.), Die Sprache von Forschung und Lehre. Lenkung durch Konzepte der Ökonomie?, Baden-Baden (Nomos) 2020, S. 9–11.

Sonstiges

Was kann die Union aus der US-Wahl lernen?, in: The European, 28. Dezember 2020.

Kapitulationen und kleine Erfolge. Deutschland bringt eine folgenreiche Ratspräsidentschaft hinter sich. Eine Bilanz, in: Der Hauptstadtbrief, 26. Dezember 2020.

Weihnachten mit der Familie: Was tun, wenn ein Querdenker am Tisch sitzt?, in: Abendzeitung, 5. Dezember 2020.

Keine normale Wahl. Die Präsidentschaftswahlen in den USA zwischen Corona und möglichem Wahlbetrug, in: Forum Politikunterricht, Nr. 3/2020, S. 19–21.

Verlorene Größe. Wie aus einem ideologiefreien Land eine rot-blau polarisierte Nation werden konnte, in: Der Hauptstadtbrief, 4. November 2011.

Selbst mit wenig Blüten im April. Die Union sucht eine Strategie, ihr Führungsvakuum zu füllen – und das auch noch unter Corona-Bedingungen, in: Der Hauptstadtbrief, 24. Oktober 2020.

Bund fürs Leben. Der Föderalismus wird oft als „Hemmschuh“ gescholten. In Zeiten Pandemie kann die zweite Ebene aber wichtige Verantwortung übernehmen. Vor allem wenn Populisten an der Spitze versagen, in: Politik & Kommunikation, Nr. 131 (2020), S. 60–63.

Demokratie unter Quarantäne?, in: Rotary Magazin für Deutschland und Österreich, Nr. 4/2020, S. 36–39.

Das Gegenmodell. In der Stunde der Krise zeigt sich aufs Neue, was Deutschland und Europa an Angela Merkel haben, in: Der Hauptstadtbrief, 5. Juli 2020.

Die Corona-Krise als Bewährungsprobe für Rechtsstaat und Föderalismus, in: Akademie-Report Nr. 2/2020, S. 6–9.

Dr. Saskia Hieber ■

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Japan und Europa zwischen Tradition und Moderne, in: Claudia Schlembach (Hg.), Europa gestaltet globale Handelsbeziehungen (= Aktuelle Analysen 75), München (Hanns-Seidel-Stiftung) 2020, S. 22–29.

Art. „Ostasien II: Sonderfall China“, in: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, hrsg. von Görres-Gesellschaft und Herder Verlag, Bd. 4, 8. völlig neu bearbeitete Auflage, Freiburg/Br. (Herder) 2020, Sp. 568–576.

Wirtschaftssupermacht China – ein Sonderfall der Marktwirtschaft, in: Michael Grömling/Markus Taube (Hg.), Reflexionen zur Sozialen Marktwirtschaft, Marburg (Metropolis) 2020, S. 317–326.

Sonstiges

China, Covid19 und Hongkong: Ende des Chinesischen Traums?, in: Akademie-Report, Nr. 3/2020, S. 12–13.

Dr. Andreas Kalina ■

Herausgeberschaft

Demokratie im 21. Jahrhundert. Theorien, Befunde, Perspektive (zusammen mit Ursula Münch), Baden-Baden (Nomos) 2020.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Europa nach dem Brexit-Blues. Das Demokratiedilemma der EU: Volksabstimmungen als Ausweg?, in: Ursula Münch/Andreas Kalina (Hg.), Demokratie im 21. Jahrhundert. Theorien, Befunde, Perspektiven, Baden-Baden (Nomos) 2020, S. 303–339.

Mobilisierung der Demokratie. Herausforderungen und Ansatzpunkte für die politische Bildung (zusammen mit Ursula Münch), in: Ursula Münch/Andreas Kalina (Hg.), Demokratie im 21. Jahrhundert. Theorien, Befunde, Perspektiven, Baden-Baden (Nomos) 2020, S. 409–441.

Schöpferische Zerstörung des liberalen Europa. Auswirkungen der Corona-Krise auf Politik, Gesellschaft und Union, in: INDES. Zeitschrift für Politik und Gesellschaft, 10. Jg. (2/2020), S. 105–115.

Dr. Gero Kellermann ■**Herausgeberschaften**

Die dritte Gewalt in Deutschland und Europa. Symposium zur Verfassungspolitik zum 75. Geburtstag von Hans-Jürgen Papier (zusammen mit Ursula Münch), Tutzing (Akademie für Politische Bildung) 2020.

Zukunft vor Ort. Kommunalpolitik in Bayern (zusammen mit Monika Franz), München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2020.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Kommunalpolitische Bildung (zusammen mit Barbara Weishaupt), in: Monika Franz/Gero Kellermann (Hg.), Zukunft vor Ort. Kommunalpolitik in Bayern, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2020, S. 237–246.

Am Rande bemerkt – Teil 1: Wie Kleinstädte abseits von Großstädten Ideen entwickeln, in: Monika Franz/Gero Kellermann (Hg.), Zukunft vor Ort. Kommunalpolitik in Bayern, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2020, S. 177–181.

Am Rande bemerkt – Teil 2: Mitgestaltung innovativ, in: Monika Franz/Gero Kellermann (Hg.), Zukunft vor Ort. Kommunalpolitik in Bayern, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2020, S. 247–250.

Sonstiges

„Es geht nicht ausschließlich um Digitalisierung“. München auf dem Weg zur Smart City. Interview mit Wolfgang Glock, in: Monika Franz/Gero Kellermann (Hg.), Zukunft vor Ort. Kommunalpolitik in Bayern, München (Bayerische Landeszentrale für politische Bildungsarbeit) 2020, S. 252–258.

Grundrechte verhältnismäßig eingeschränkt? – Der Verfassungsstaat und die Pandemie, in: Forum Politikunterricht, Nr. 3/2020, S. 5–7.

Das Virus, der Rechtsstaat und die Grundrechte, in: Akademie-Report, Nr. 3/2020, S. 3–6.

Dr. Michael Mayer ■**Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften**

La coopération franco-allemande dans le domaine de la Judenpolitik, in: Vichy, les Français et la Shoah: un état de la connaissance scientifique (= Revue d'histoire de la Shoa, Bd. 212), Paris (Centre de documentation juive contemporaine) 2020, S. 43–58.

Dr. Anja Opitz ■**Monografien und eigenständige Werke**

Umfassende Sicherheit und globale Gesundheitskrisen (= Der Mittler-Brief. Informationsdienst zur Sicherheitspolitik 2/2020), Bonn (Mittler) 2020.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Globale Gesundheitskrisen und Sicherheitspolitik (zusammen mit Stefan Göbbels), in: Sascha Rolf Lüder/Björn Stahlhut (Hg.), Gesamtverteidigung in Gefahr!?, Berlin (Berliner Wissenschaftsverlag) 2020, S. 43–49.

Pandemien und Sicherheitspolitik, in: Europäische Sicherheit und Technik, Nr. 5/2020, S. 6–8.

Commentary COVID 19 (zusammen mit Stefan Göbbels, Jan-Cedric Hansen, Tracey McNamara, Jim Wilson und John Quinn), in: Disaster Medicine and Public Health Preparedness 14 (5/2020), S. 1–2.

Sonstiges

Reform unzeitgemäßer Handlungsmuster, in: UN-Debatte online, 13. Mai 2020.

Wir müssen über Prävention anders nachdenken, in: Herzkammer. Magazin der CSU-Fraktion im Bayerischen Landtag, Nr. 11/2020, S. 39–41.

EU Crisis Management and COVID, in: COVID-19 e Gestão de Crises: Um Novo Paradigma? (= IDN Brief Mai 2020), S. 2.

COVID-19: Why Health is also a Security Issue, in: COVID-19 e Segurança Sanitária: o que muda? (= IDN Brief April 2020), S. 2.

Wann Gesundheit ein Sicherheitsthema ist, in: Akademie-Report, Nr. 2/2020, S. 3–6.

Dr. Wolfgang Quaisser ■**Monografien und eigenständige Werke**

Weltwirtschaft in der Corona-Pandemie (= Akademie-Kurzanalyse 3/2020), Tutzing (Akademie für Politische Bildung) 2020.

Dr. Thomas Schölderle ■**Monografien und eigenständige Werke**

Verfassungspatriotismus – Zum 50. Geburtstag einer Wortschöpfung (= Akademie-Kurzanalyse 1/2020), Tutzing (Akademie für Politische Bildung) 2020.

**Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften**

Immanuel Kant und die Friedensvorstellungen im Denken der Aufklärung, in: Irene Dingel/Michael Rohrschneider/Inken Schmidt-Voges/Siegrid Westphal/Joachim Whaley (Hg.), Handbuch Frieden im Europa der Frühen Neuzeit, Berlin/Boston (De Gruyter Oldenbourg) 2020, S. 87–112.

Frieden und Utopie, in: Irene Dingel/Michael Rohrschneider/Inken Schmidt-Voges/Siegrid Westphal/Joachim Whaley (Hg.), Handbuch Frieden im Europa der Frühen Neuzeit, Berlin/Boston (De Gruyter Oldenbourg) 2020, S. 63–86.

Gesundheit, Diktatur und Dystopie. Zu Juli Zehs „Corpus Delicti“, in: Einsichten und Perspektiven, Nr. 3/2020, S. 40–54.

Dr. Michael Schröder ■**Monografien und eigenständige Werke**

Die Twitter-Demokratie: Der Strukturwandel politischer Kommunikation durch digitale Medien (= Akademie-Kurzanalyse 2/2020), Tutzing (Akademie für Politische Bildung) 2020.

Sonstiges

Nährboden für Sumpflüthen, in: Akademie-Report, Nr. 2/2020, S. 12–16.

Mediale Viren. Verschwörungstheoretiker und Extremisten als Trittbrettfahrer der Corona-Pandemie, in: Forum Politikunterricht, Nr. 3/2020, S. 8–12.

Dr. Manfred Schwarzmeier ■**Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften**

Art. „Misstrauensvotum“, in: Staatslexikon. Recht, Wirtschaft, Gesellschaft, hrsg. von Görres-Gesellschaft und Herder Verlag, Bd. 4, 8. völlig neu bearbeitete Auflage, Freiburg/Br. (Herder) 2020, Sp. 32–34.

Sonstiges

Im Flüchtlingslager am Taferlsee (übersetzt und bearbeitet), in: Kultur- und Geschichtsverein Vilshofen (Hg.), 75 Jahre Kriegsende in Vilshofen und Umgebung (= Vilshofener Jahrbuch Sonderband 15/2020), Vilshofen (Rückert-Druck) 2019, S. 97–99.

Jörg Siegmund ■**Herausgeberschaft**

Die Sprache von Forschung und Lehre. Lenkung durch Konzepte der Ökonomie? (zusammen mit Ursula Münch, Ralph Mocikat und Siegfried Gehrmann), Baden-Baden (Nomos) 2020.

Beiträge in Sammelbänden oder Fachzeitschriften

Politische Bildung und Wissenschaftssprache – eine Einführung (zusammen mit Ursula Münch), in: Ursula Münch/Ralph Mocikat/Siegfried Gehrmann/Jörg Siegmund (Hg.), Die Sprache von Forschung und Lehre. Lenkung durch Konzepte der Ökonomie?, Baden-Baden (Nomos) 2020, S. 9–11.



Namen und Nachrichten aus der Akademie

Direktorin

Prof. Dr. Ursula Münch beendete im Januar nach sechs erkenntnisreichen Jahren im Wissenschaftsrat und turnusgemäß nach den vorgesehenen zwei Amtsperioden ihre Mitgliedschaft im wichtigsten wissenschaftspolitischen Beratungsgremium in Deutschland, das Bund und Länder u. a. in Fragen der inhaltlichen und strukturellen Weiterentwicklung des Wissenschaftssystems und der deutschen Hochschullandschaft berät. Neu berufen wurde die Direktorin in das Kuratorium des Bayerischen Forschungszentrums für Interreligiöse Diskurse. Das BaFID hat u. a. die Aufgabe, gesellschaftsrelevante Grundlagenforschung zu den „diskursiven Beziehungen von Judentum, Christentum und Islam zu betreiben“. Nicht nur Gremiensitzungen, sondern auch wissenschaftliche Vorträge fanden und finden derzeit wieder ausschließlich online statt, u. a. die Diskussion über „Föderalismus und Grundrechtsschutz im Zeitalter der Pandemie“, die anlässlich der Präsentation des „Jahrbuchs des Föderalismus 2020“ von der Landesvertretung Baden-Württemberg in Berlin aus-

gerichtet wurde. Prof. Münch durfte bei der Präsentation des Jahresberichts 2020 von MIDEM, dessen wissenschaftlichem Beirat sie angehört, mitwirken. In dem lesenswerten Bericht geht es um ein bislang vernachlässigtes Thema: Die Auswirkungen von Aus- und Abwanderung auf Politik und Gesellschaft in den Mitgliedstaaten der EU. Bei der online abgehaltenen Ratsversammlung des Deutschen Hauswirtschaftsrates sprach die Direktorin über Voraussetzungen und Rahmenbedingungen erfolgreicher Lobbyarbeit, und anlässlich einer internen Weiterbildung des Staatsinstituts für Schulqualität und Bildungsforschung (ISB) hielt sie einen Vortrag über „Wachsende Anforderungen – schwindende Ressourcen: Politische Bildung in Zeiten der Pandemie und der großen Transformationen“. Bei den Jusos Schwaben wurde nicht nur der Vortrag digital gehalten, sondern es ging um die „Auswirkungen der digitalen Kommunikation auf die Demokratie“. Ein Thema, dessen Relevanz durch die Ereignisse in den USA zusätzlich unterstrichen wurde.

BITTE BEACHTEN

Wegen der bei Redaktionsschluss noch gültigen Beschränkungen aufgrund der Corona-Pandemie stehen derzeit noch einige Programmankündigungen unter Vorbehalt. Wir bitten um Verständnis. Bitte beachten Sie die aktuellen Programmhinweise sowie unsere digitalen Angebote auf unserer Webseite: www.apb-tutzing.de

Wir freuen uns, wenn wir Sie möglichst bald wieder als Gäste eines halbwegs normalen Tagungsbetriebs in unserer Akademie begrüßen können.